



Protokoll

31. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 9. November 2020, 19:00 Uhr bis 22:40 Uhr
Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 68/2020 der Sekundarschulpflege: BWS, Ersatz Heizungsanlage, Genehmigung jährlich wiederkehrender Kosten von CHF 55'000 (exkl. MWST)
- 4 Weisung 57/2020 der Primarschulpflege: Raumbedarf Nänikon, Pavillon, Bauabrechnung
- 5 Weisung 59/2020 des Stadtrates: Einführung eines Fussgängerleitsystems «light» in der Stadt Uster, Bauabrechnung
- 6 Weisung 66/2020 des Stadtrates: Verein Herzkern, Kreditverlängerung
- 7 Weisung 64/2020 des Stadtrates: Rückbau Temporäre Dreifachturnhalle Buchholz mit Option "Biodiversität", Baukredit von brutto 325'000 Franken inkl. MWST
- 8 Weisung 63/2020 des Stadtrates: Genehmigung Projektierungskredit für den Neubau des Kultur- und Begegnungszentrums auf dem Zeughausareal Uster
- 9 Postulat 587/2020 von Balthasar Thalmann (SP): Zukunft für die Ustermer Geschichte
- 10 Postulat 592/2020 von Patricio Frei (Grüne): Einführung von Rufbussen und Ruftaxis in Uster
- 11 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Karin Niedermann (SP), Präsidentin
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inklusive Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Verwaltung	Beat Berger, GF-Leiter Sport Anita Bernhard, Abteilungsleiterin Gesundheit Sandra Frauenfelder, LG-Leiterin Standortförderung Nicole Ward, Rechtsdienst Stadtkanzlei Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales
Entschuldigt	Ali Özcan (SP)
Ausstand	Rolf Denzler (TOP 3) Ivo Koller (TOP 6) Natalie Lengacher (TOP 4) Ulrich Schmid (TOP 3)
Gäste	Simon Berger, „Gemeinderat Nr. 37“ Dölf Duttweiler Sandra Hausmann, Geschäftsführerin „Herzkern“ Werner Reichle Beatrice Stebler
Presse	Laura Hertel, AvU Valérie Jost, AvU Deborah von Wartburg, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und Gäste.

Parlamentsberatungen können trotz der Bundesratsbeschlüsse betreffend «Covid-19» vom 27. Oktober 2020 unverändert durchgeführt werden. Die Obergrenze der Teilnehmerzahl von 50 Personen gilt hier nicht. Was aber gilt, ist die Maskenpflicht, unabhängig vom Abstand. Es darf weiterhin nur von einem der beiden Rednerpulte mit Mikrophon gesprochen werden, welche nach jedem Votum gereinigt werden (vergleiche Seite 951).

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen

Christoph Keller (SVP) verliest folgende Erklärung: *Nur wenige Tage stand das wohl umstrittenste Kunstwerk Usters auf dem Zeughausareal. Dann lösten sich zwei Seile des Altherr-Turms. In der Folge musste der Turm anfangs Juli 2019 notfallmässig wieder abgebaut werden. Seither liegt dieser in der Horizontalen auf dem Gelände, mitten im besagten Areal.*

Die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich leitete eine Untersuchung ein. Zwei damals am Aufbau beteiligte Personen wurden im Frühjahr 2020, mit bedingten Geldstrafen und Bussen bestraft. Liest man den kürzlich erschienenen Bericht im Anzeiger vom Uster, so reibt man sich verwundert die Augen. Die Stadt Uster – mittlerweile selbst in finanzielle Schieflage geraten, leistet sich erneut Sonderliches. Da will doch der Stadtrat tatsächlich ein neues Gutachten in Auftrag geben, um den Turm anschliessend zit. «sicherheitskonform» im gleichen Areal wieder aufstellen zu können. Die einzige Sicherheit in diesem Projekt sind die in den himmelsteigenden Kosten. Um hier für Transparenz zu sorgen und den Stadtrat zum Nachdenken anzuregen, habe ich kürzlich erneut eine Anfrage eingereicht.

Weshalb befinden wir uns in dieser Situation? Weshalb beharrt der Stadtrat darauf, dass der der Altherr-Turm aufgestellt werden muss? Und weshalb auf dem Zeughausareal?

Der Stadtrat beruft sich dabei auf den geheimen Schenkungsvertrag. Gleichzeitig ist der Stadtrat nicht bereit den Schenkungsvertrag zu veröffentlichen. In der Zeitungsberichterstattung wurde die Tochter des Künstlers wie folgt zitiert: «Es wäre schon wünschenswert, dass die Stadt den Turm aufstellen würde».

Aus dieser Aussage leite ich keine Pflicht für die Stadt Uster ab, dass der Turm aufgestellt werden muss.

Ich habe daher heute per „Einschreiben“ den Stadtrat aufgefordert im Sinne des öffentlichen Interesses den Schenkungsvertrag zu veröffentlichen. Als Gemeinderäte haben wir die Oberaufsicht über alle Organe welche Gemeindeaufgaben wahrnehmen. Dies schliesst den Stadtrat ein. Im Sinne der Transparenz und um das stadträtliche Handeln kontrollieren zu können, fordere ich den Stadtrat auf, den Schenkungsvertrag zu veröffentlichen. [vergleiche Anfrage 601/2020]

Mary Rauber (EVP) verliest folgende Erklärung: *Als erste Frau wurde Rita Famos letzte Woche an die Spitze der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (EKS) gewählt. «Im Zuhören und im Dialog öffnet sich unser gegenseitiges Verständnis und der eigene Horizont», sagte sie in einem Interview. Zu dieser Wahl gratuliert der Vorstand der EVP Uster von Herzen und wünscht Rita Famos ganz im Sinne des Zitats viel Weisheit, wertschätzende Dialoge und Gottes reichen Segen.*

1 Mitteilungen

Der Stadtrat hat anstelle der zurückgetretenen Larissa Weile (Grüne) am 25. August 2020 Natalie Lengacher (Grüne) als Gemeinderätin gewählt erklärt (vergleiche Seite 874). Die Ratspräsidentin heisst die neue Kollegin willkommen und wünscht ihr viel Erfolg für ihre Amtstätigkeit.

Die Spitex Uster wird ihren neuen Standort an der Wagerenstrasse 45 beziehen. Für die Eröffnungsfeier, die am Donnerstag, 15. Juli 2021, ab 16:30 Uhr stattfinden wird, sind auch die Mitglieder des Gemeinderates eingeladen.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 30. Sitzung des Gemeinderates vom 21. September 2020 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Weisung 68/2020 der Sekundarschulpflege: BWS, Ersatz Heizungsanlage, Genehmigung jährlich wiederkehrender Kosten von CHF 55'000 (exkl. MWST)

Rolf Denzler (SVP, Nänikon) und Ulrich Schmid (CVP, Nänikon) im Ausstand (Art. 4 Abs. 2 GO der Sekundarschulgemeinde Uster).

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier** (EVP): *Die KBK hat die Weisung 68/2020 am 19. Oktober 2020 beraten, die RPK am 26. Oktober. Es geht um Folgendes:*

Am 11. November 2019 hat der Gemeinderat einen Projektierungskredit von Fr. 425'000 für die BWS, Ersatzneubau Pavillon und Ersatz Heizungsanlage bewilligt.

Die Sekundarschulpflege hat in der Folge die Jungenergie AG aus Zürich beauftragt, sie in dieser Sache zu beraten. Diese Firma hat vier Varianten gerechnet:

- *Wärmepumpe und Holzpellet-Anlage in der BWS*
- *Holzpellet-Anlage in der BWS*
- *Energie-Contracting Fernwärme*
- *Energie-Contracting Holzpellet*

Dabei schneidet ein „Contracting“ mit der Energie Uster AG für Fernwärme ökologisch am besten ab. Aus diesem Grund wird dem Gemeinderat beantragt, die jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 55'000 (exkl. MWST) für den Bezug von Fernwärme von der Energie Uster AG zu genehmigen. Die Sekundarschulpflege begründet den Antrag wie folgt:

- *Im vom Gemeinderat festgesetzten Gestaltungsplan ist enthalten, dass maximal 20 % der Energie mit fossilen Brennstoffen erzeugt werden dürfen. Die Sek Uster musste also nach einer möglichst ökologischen Lösung suchen. Die Energie Uster AG ist jetzt daran, beim Spital eine grössere Holzschneitzelheizung zu bauen. Die Fernwärmeleitung in der Feldhofstrasse wird in diesem Tagen verlegt. Damit sollen das Spital, die Heime im Grund, der Wagerenhof, das „Schwesternhaus“ des Spitals, die Siedlung Talweg (Eigentümerin: Swiss Life) und wenn möglich weitere Gebäude beheizt werden. Die BWS und die Alterssiedlung Rehbühl bieten sich da an. Nebenbei: Im Gemeinderat wurde bereits vor Jahren bemängelt, weshalb es mit dem Wärmeverbund Uster Nord nicht vorwärtsgehe. Jetzt scheint die Sache zu klappen.*
- *Zwar wäre der Preis pro kWh Wärme günstiger, wenn man eine eigenständige Holzpellet-Heizung für die BWS und die Alterssiedlung Rehbühl installieren würde. Eine solche Heizung würde jedoch die häufige Anwesenheit eines Hauswarts bedingen. Da die BWS jedoch keinen ständigen Hauswart hat, kann bei der gewählten Variante auch zukünftig darauf verzichtet werden. Der Wartungsaufwand beim Bezug von Fernwärme ist gering.*

Aus der Diskussion der Kommissionen:

- *Die Fernwärmeleitung führt durch das Gelände der Schulanlage Weidli. Weshalb wird das Weidli nicht angeschlossen? Die Schulanlage Weidli hat vor vier Jahren eine neue Holzpellet-Heizung eingebaut. Falls diese einmal aussteigt, wäre ein Anschluss an die jetzt zu erbauende Fernwärme-Leitung sinnvoll.*
- *Macht die Alterssiedlung Rehbühl auch mit? Die Energie Uster AG hat zur Bedingung gemacht, dass die BWS und die Alterssiedlung nur dann mit Fernwärme versorgt werden, wenn beide mitmachen. Für die Alterssiedlung Rehbühl ist dies keine Frage. Sie möchte wenn immer möglich die Heizungswärme mittels Contracting von der Energie Uster AG beziehen, weil diese Lösung für sie geringere Investitionskosten bedeutet. Wenn der Gemeinderat den jährlich wiederkehrenden Kredit bewilligt, ist die BWS auch dabei und damit steht dem Contracting nichts mehr im Weg. Und für die Energie Uster AG ergibt sich die Möglichkeit, das Contracting weiteren möglichen Kunden anzubieten.*
- *Lässt die Energie Uster AG mit sich über den Preis verhandeln? Etwas störend ist, dass die Energie Uster AG nicht bereit ist, über den Preis, welcher sich aus einer Anschlussgebühr und dem Wärmebezug zusammensetzt, zu verhandeln. Zumal der angebotene Preis etwas hoch zu sein scheint.*

Die KBK und die RPK empfehlen dem Gemeinderat mit je 9:0 Stimmen (einstimmig) dem Kredit zuzustimmen.

Der Präsident der Sekundarschulpflege, **Benno Scherrer**, nimmt Stellung: *Walter Meier hat gewohnt präzise informiert, worum es geht. Die Sekundarschulpflege möchte Fernwärme einkaufen, darum entstehen für uns keine Investitions- und Unterhaltskosten. Laut unserem Leitbild – ich verweise auf die Leistungs- und Wirkungsziele – handeln wir jetzt so, wir nehmen diese Ziele ernst. Ökologisch haben wir klar die beste Lösung gewählt, die risikolos ist. Die Holzschnitzel werden sogar aus Uster beschafft, also auf kurzen Wegen. Ich danke für Ihre Unterstützung.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Peter Müller** (FDP): *Inhaltlich gibt es zu dieser Vorlage nicht viel zu ergänzen. Es ist aus unserer Sicht der richtige und sinnvolle Entscheid, bei der Sanierung der eigenen Gebäude der Stadt, ökologische Aspekte stark zu gewichten. Und genau das wurde hier getan. Es ist nicht die günstigste Option, die gewählt wurde, sondern die sinnvollste. Über die nächsten 25 Jahre sind für die Stadt die Heizkosten an der BWS ca. 17 % höher als in den günstigeren Varianten mit z.B. einer eingebauten Pellet-Heizung. Dafür fällt Jahr für Jahr die CO2-Ausstoss massiv geringer aus und der Brennstoff kommt im Idealfall direkt aus dem Ustermer Wald. Deshalb unterstützen wir diese Vorlage und sind bereit diese Mehrkosten zu tragen. Vielleicht kann man diese Vorlage auch dazu verwenden, um das eigentliche Ziel des Nachhaltigkeitsberichts aufzuzeigen. Wir haben hier ein konkretes Projekt, bei dem die Kosten und ökologische Faktoren wie z. B. der CO2-Ausstoss transparent errechnet wurden. Wir wollten mit dem Nachhaltigkeitsbericht erreichen, dass es für die Stadt klar ist, wo es sich am meisten lohnt, Geld zu investieren, um ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Wenn wir den Nachhaltigkeitsbericht in seiner angedachten Form heute in den Händen halten würden, dann wäre die Diskussion über diese Vorlage viel einfacher. Man wüsste sofort, ob sich die zusätzlichen 55'000 Franken in diesem Projekt lohnen, oder, ob man sie besser in zusätzliche Wärmedämmung, Velowege oder elektrische Müllentsorgungslastwagen investieren sollte. Vielleicht kann man dieses Projekt auch als einen Startpunkt bzw. Beispielprojekt nehmen, um die jetzt angestrebte Nachhaltigkeitsbewertung von Vorlagen und Projekten zu testen. Wir wären sehr gespannt auf die entsprechenden Resultate.*

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Die Sekundarschulpflege hat sich sehr detailliert mit dem Ersatz der Heizungsanlage auseinandergesetzt. Der Fokus lag auf der Ökologie und den Kosten. Die Jungenergie AG aus Zürich wurde beauftragt, einen Variantenvergleich verschiedener Wärmeerzeugungen zu machen. Die vorgeschlagene Variante Fernwärme von Energie Uster schneidet auch unserer Meinung nach am besten ab. Platz 1 bei der Ökologie, sehr tiefe Erstinvestitionen, geringe Risiken. Wir bedauern es aber, dass Energie Uster nicht über den Preis verhandeln wollte. Das hat dazu geführt, dass die Wärmegestehungskosten im Vergleich mit anderen Varianten leicht erhöht sind. Die Vorteile überwiegen trotzdem. Es ist gut möglich, dass die Variante Fernwärme insgesamt die günstigste ist. Ein weiterer, unserer Meinung nach wichtiger Vorteil der vorgeschlagenen Variante Fernwärme ist, dass die Fernwärme-Infrastruktur damit realisiert wird. Wir fordern, dass der Anschluss an das Fernwärmenetz für weitere Bezüger attraktiv gestaltet wird. Damit ist ein weiterer Mosaikstein in der Umstellung auf erneuerbare Energien gesetzt.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen (im Ausstand 2):

- 1. Die jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 55'000.00 (exkl. MwSt.) für den Bezug von Fernwärme von der Energie Uster AG werden genehmigt.**
- 2. Mitteilung an die Sekundarschulpflege.**

4 Weisung 57/2020 der Primarschulpflege: Raumbedarf Nänikon, Pavillon, Bauabrechnung

Natalie Lengacher (Grüne) im Ausstand (§ 32 Abs. 2 GG).

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): *Der Gemeinderat hat am 3. Dezember 2018 einen Baukredit „Raumbedarf Nänikon, Pavillon“ über 1,05 Mio. Franken inkl. MWST genehmigt. Der Pavillon auf der Schulanlage Pünt wurde dort nicht mehr gebraucht. Dagegen war in Nänikon der Schulraum knapp. Der Pavillon im Pünt kam wie gerufen. Er wurde nach Nänikon verschoben.*

Die Primarschulpflege legt uns die Bauabrechnung vor. Sie schliesst mit Minderkosten von Fr. 146'085.80 (ca. 14 %) ab. Der grösste Teil der Minderkosten kommt daher, weil keine neuen Schulmöbel beschafft werden mussten. Die im Dorfschulhaus bestehenden Möbel wurden nicht mehr benötigt und wurden in den Pavillon Nänikon verschoben. Zudem schlossen die Bauherrenleistungen mit etwas mehr als CHF 10'000 unter Budget ab.

Aufgrund der Prüfung der Abrechnung stelle ich fest:

- *Die Belege sind vorhanden, ebenso der Kontenausdruck der Buchhaltung.*
- *Die Abrechnung ist vollständig.*
- *Im 2018 wurden Fr. 50'236.10 und im 2019 Fr. 853'689.10 auf die entsprechenden Investitionskonten gebucht. Das Total von Fr. 903'914.20 stimmt mit der Bauabrechnung überein.*

Der Auftrag an den Architekten wurde im freihändigen Verfahren an die Jäger Baumanagement AG vergeben, der Hauptbrocken durfte die Kifa AG als Totalunternehmer ausführen.

Antrag: Die RPK beantragt dem Gemeinderat mit 9:0 Stimmen, die Weisung 57/2020 resp. die Bauabrechnung zu genehmigen.

Die Präsidentin der Primarschulpflege, **Stadträtin Patricia Bernet**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen (im Ausstand 1):

- 1. Die Bauabrechnung des Projekts «Raumbedarf Nänikon, Pavillon» im Betrag von Fr. 903 914.20 inkl. MWST wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Primarschulpflege.**

5 Weisung 59/2020 des Stadtrates: Einführung eines Fussgängerleitsystems «light» in der Stadt Uster, Bauabrechnung

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Der Gemeinderat genehmigte am 4. Juni 2018 einen Bruttokredit von 130'000 Franken (inkl. MWST) für die Realisierung des Fussgängerleitsystems «Light»*

Der Stadtrat legt uns nun die Bauabrechnung vor. Die Abrechnung belief sich auf 128'738.25 Franken und schliesst somit mit Minderkosten von Fr. 1'261.75 Franken oder 1% tiefer als ursprünglich angenommen ab.

Schaut man sich die Bauabrechnung genauer an, ist festzustellen, dass der Posten «Projekt, Planung und Realisierung Wegweiser» um 6'825.40 Franken, bzw. 7.4% höher, der Posten «Fundamente, Montage» um 10'880.65 Franken, bzw. 62.2% tiefer und der Posten «Projektleitung, Bewilligungen» um 2'874 Franken, bzw. 38.3% höher ausfallen. Als Begründung gibt der Stadtrat an, dass die Montage gegenüber der Kostenschätzung günstiger erbracht werden konnte, jedoch sich das Bewilligungsprozedere etwas umfangreicher als in der Kostenschätzung angenommen gestaltete.

Aufgrund der Prüfung der Abrechnung stelle ich fest:

- *Die Belege sind vorhanden, ebenso der Kontenausdruck der Buchhaltung.*
- *Die Abrechnung ist vollständig.*
- *Im Jahr 2018 wurden 13'770.35 Franken auf die Kostenstelle 31100 LG Stadt- und Verkehrsplanung, im Jahr 2019 104'593.90 Franken und im Jahr 2020 10'374 Franken auf die Kostenstelle 31105010002 Fussgängerleitsystem verbucht. Das Total stimmt mit der Bauabrechnung überein. Unter Berücksichtigung der Submissionsrichtlinien der Stadt Uster wurde die Ausschreibung der Metallbauarbeiten im freihändigen Verfahren der «Popp Metallbau AG» in Rüti angeboten. Die Planung Signaletik übernahm die TGG Hafen Senn Stieger in St. Gallen, der Siebdruck und die Lackierung wurde durch die cs-siebdruck AG in Uster übernommen.*

Antrag: Die Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat mit 9:0 Stimmen, die Weisung 59/2020 resp. die Bauabrechnung des Projekts «Raumbedarf Nänikon, Pavillon» im Betrag von Fr. 903 914.20 inkl. MWST zu genehmigen.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Paul Stopper (BPU): *Es ist ja nett, dass er Stadtrat dem Gemeinderat die Bauabrechnung über das «Fussgängerleitsystem light» im Betrag von Fr. 128 738.25 (inkl. MWST) vorlegt.*

Damit haben wir die Möglichkeit, dieses Geschäft hier detailliert zu beraten. Und das ist bitter nötig. Das hätte man besser früher gemacht.

Das ist jetzt das Unnötigste, was Uster braucht.

Für die Rettung der Ustermer Museen hat der Stadtrat kein Geld, aber für diesen unsäglichen Unsinn sitzt das Portemonnaie des Stadtrates ziemlich locker.

Kritik an den Wegweisern:

Schauen wir doch einmal das Ganze an:

- *Die Schriften sind so klein, dass man eine Lupe braucht um das Ganze lesen zu können.*
- *Das ist aber auch nicht schlimm, denn was darauf steht, ist mehrheitlich sowieso völliger Nonsens, Unsinn hoch zwei:*
- *Am Bahnhof: Wenn man diese Wegweiser-Palette anschaut, weiss man nicht, ob man lachen oder weinen soll. Was da alles aufgeführt ist (Paul Stopper zeigt eine Foto dieser Stele vor dem Bahnhofgebäude): Zuerst «Abenteuerspielplatz», mit einem Pfeil in den Boden, dann «Altstadt» ebenfalls mit einem Pfeil in den Boden gerichtet, dann bereits als drittes «Bauabteilung» mit einem abgewinkelten Pfeil. Frage: Wo, ist die «Altstadt» von Uster?*

An der Industriestrasse, Hinterausgang des Bahnhofes:

- *Direkt bei der Rampe zum Bahnhof hat es auch noch eine solche Stele. Darauf steht: «Bahnhof 50 M». Man steht aber bereits im Bahnhof. Wenn man die 50 Meter gelaufen ist, ist man bereits wieder am anderen Seite des Bahnhofes.*

Das Unsinnigste ist dann aber der Wegweiser mit der Bezeichnung «Bauabteilungen 450 M». Welche Bauabteilungen bitte? Die einer Baufirma oder was? Da sieht man wieder, wer sich in Uster wichtigmacht: Die Bauabteilungen. Das interessiert sicher jeden Bahnbenützer, der den Bahnhof auf der Nordseite verlässt, brennend!

Aber noch nicht genug: Der Wegweiser «Bahnhof» und «Bauabteilungen» wird dann bei der Kreuzung Industrietrasse/Falmenstrasse mit einem weiteren «Grabkreuz» wiederholt: Und nochmals: «Bahnhof 150 M» und «Bauabteilungen 350 M». Diesmal 100 Meter weniger weit weil man ja schon gelaufen ist. Wie wenn das irgendjemanden interessieren würde.

Hindernisse für Sehbehinderte

Die Sehbehinderten werden es dem Stadtrat vielmals verdanken, dass er ihnen wieder einmal mehr Hindernisse in den Weg gestellt hat. Und auch die Fussgänger sind ihm dankbar, dass weitere Fussgängerflächen für einen absoluten Nonsens versperrt und missbraucht worden sind

Ich rate dem Stadtrat – da der pensionierte Stadtplaner als Projektleiter dieses Projektes Ende September nach fünfjähriger Weiterbeschäftigung offenbar doch endlich definitiv in die Wüste geschickt worden ist – den ganzen Zauber still und leise abzuräumen und zu entsorgen.

Im Zeitalter der Smartphone, „Handys“ und wie sie alle heissen, ist doch dieses «Leitsystem» ein teurer Witz.

Die Bauabrechnung lehne ich ab, wohl wissend, dass ich damit nichts erreichen kann. Aber immerhin kann ich damit meinen Unmut zum Ausdruck bringen. Für uns Gemeinderäte sollte es aber eine Lehre sein: Nicht jeden „Furz“ überweisen. Meistens kostet er viel und bringt nichts als Ärger und Kopfschütteln bei den veräppelten Bürgerinnen und Bürger. (wiederholt Heiterkeit im Saal)

Stadtrat Stefan Feldmann: *Nach dieser Philippika Paul Stoppers drei Bemerkungen: 1. Das Fussgänger-Leitsystem war ein Auftrag von Ihnen, dem Gemeinderat. 2. „Bauabteilung“ steht geschrieben, damit uns Paul Stopper mit seinen Anliegen stets finden kann. 3. In einem Punkt hat er aber recht, es müsste nicht «Bauabteilung» heissen, sondern «Abteilung Bau». Vielleicht korrigieren wir das noch.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:1 Stimmen:

- 1. Die Bauabrechnung «Fussgängerleitsystem light» im Betrag von Fr. 128 738.25 (inkl. MWST) wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Weisung 66/2020 des Stadtrates: Verein Herzkern, Kreditverlängerung

Ivo Koller (Grünliberale) im Ausstand (§ 32 Abs. 1 lit. b GG und Art. 15 Abs. 1 GeschO GR).

Tischvorlage: Änderungsantrag der Grünliberale/EVP-Fraktion vom 9. November 2020.

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert **Mary Rauber** (EVP): *Stadtpräsidentin Barbara Thalmann, Abteilungsleiter Christian Zwinggi, Herzkern-Präsident Felix Demuth und Herzkern-Geschäftsführerin Sandra Hausmann geben an der Sitzung Auskunft.*

Seit 2011 ist Herzkern immer wieder Thema im Gemeinderat, seit 2017 besteht ein vierjähriger Leistungskontrakt. Herzkern spielt bei der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle. Die Vernetzung zwischen Privaten und der öffentlichen Hand ist eine wichtige Aufgabe, welche durch einen engagierten Vorstand und die Geschäftsstelle geleistet wird. Das Resultat ist eine belebtere Innenstadt, was nicht nur, aber auch Verdienst von Herzkern ist. Zu erwähnen sind die verschiedene Aktionen und Kooperationen. So wurde zum Beispiel der Uster-Batzen lanciert, eine Tavolata organisiert, die Oasen im Zentrum geschaffen, der Samstagsmarkt (Herzkern wünscht sich vermehrt Themenmärkte) mit Beiträgen unterstützt oder mit dem Weihnachtsbeleuchtungsanlass zusätzliche Frequenz im Zentrum generiert. Der Gemeinderat war mit einem jährlichen Bericht jederzeit über die Aktivitäten des Vereins informiert.

Eine interne Evaluation hat jedoch auch gezeigt, dass noch nicht alle Ziele erreicht worden sind, es braucht dafür offensichtlich mehr Zeit und auch Planungssicherheit. Zu den Finanzen des Vereins:

- *Das WFU will sein bisheriges Engagement wie angekündigt reduzieren. damit werden CHF 60'000 fehlen, die kaum kompensiert werden können*
- *Die Weihnachtsbeleuchtung kostet jedes Jahr rund CHF 40'000. Sie muss in den nächsten Jahren erneuert werden, dafür wird aber eine eigene Finanzierung anzustreben sein.*
- *Die Sonderbatzen-Aktion der Stadt hat dem Uster-Batzen zum Durchbruch verholfen, wie auch ein SRF Beitrag am 17. Oktober beleuchtet hat. Während der Corona-Zeit bis September 2020 wurden rund CHF 600'000 umgesetzt. Ein Verkauf der Uster-Batzen durch die Stadt selber wird aus verschiedenen Gründen nicht angestrebt, dies soll Aufgabe des Vereins bleiben. Ein "Marketing-Beitrag" kann in Zukunft nicht ausgeschlossen werden, da der administrative Aufwand nicht zu unterschätzen ist. Dank des Uster-Batzen-Erfolgs, wird Herzkern auch von grösseren Unternehmen wahrgenommen.*

Der vorliegende Antrag des Stadtrates bleibt gleich wie er vor vier Jahren war. Der Beitrag von jährlich maximal CHF 100'000 ist an die Bedingung geknüpft, dass sich Private in der gleichen Höhe beteiligen. Sonst reduziert sich der Anteil der Stadt.

In der Kommission wurden zuerst folgende Anträge gestellt:

- *Herzkern soll den Beitrag der Stadt von CHF 100'000 auch dann erhalten, wenn er nur CHF 75'000 bei Dritten erzielen könnte.*
- *Der Kredit soll auf zwei Jahre von 2021 bis 2022 befristet werden.*

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann weist darauf hin, dass eine Befristung auf vier Jahre bei Leistungskontrakten Usus ist. Sie sieht keine zwingenden Gründe, bei Herzkern davon abzuweichen. Eine Zwischenevaluation für 2022 dürfte möglich sein. Mit einem Leistungskontrakt von zwei Jahren fehle jedoch die finanzielle und personelle Planungssicherheit, was sich auf das Vertrauen auswirke. Bereits nächstes Jahr müsste ein neuer Antrag gestellt werden.

Nach intensiven Diskussionen wird bei den Abstimmungen von der KÖS zuerst ein Antrag mit 4:4 Stimmen bei einer Enthaltung und dem Stichentscheid durch den Präsidenten angenommen, welcher die Stadt Uster verpflichtet, sich für die Jahre 2021 bis 2022 am Projekt Herzkern mit Personal- und Sachleistungen sowie einem finanziellen Beitrag zu beteiligen. Danach erfolgt eine Diskussion über die geforderte Höhe der Beteiligung durch Private, wobei sich die KÖS schlussendlich für einen Beitrag von mindestens 50'000 Franken pro Jahr ausspricht. Falls dieses Ziel nicht erreicht würde, soll sich der Beitrag der Stadt auf die gleiche Höhe der Beteiligung durch Private reduzieren. Bei der Schlussabstimmung beschliesst die Kommission mit 8:0 Stimmen (im Ausstand 1) dem Gemeinderat den Antrag, welchen Sie schriftlich vor sich haben, zuzustimmen.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Marius Weder** (SP): *Das Geschäft wurde in der RPK am 26. Oktober 2020 diskutiert. Seitens der Exekutive waren die Stadtpräsidentin, Barbara Thalmann, und der Abteilungsleiter Präsidiales, Christian Zwinggi, anwesend.*

Das Geschäft führte in der RPK zu keinen grossen kontroversen Diskussionen. Die Vertreterin und der Vertreter der Exekutive gaben den Kommissionsmitgliedern kompetent Auskunft dazu. Die Mitglieder der KÖS berichteten aus den Beratungen in der Sachkommission.

Auch in der RPK stiess die Arbeit des Vereins Herzkern auf grosses Wohlwollen, weswegen die Weiterführung des Projekts als sehr wünschenswert erachtet wird.

Der von der KÖS geänderte Antrag bezüglich Dispositivziffer 1, wonach der Kredit vorerst nur für zwei Jahre – also für 2021 und 2022 – verlängert werden soll und danach erneut ein Antrag an den Gemeinderat gestellt werden soll, wurde von der RPK mit 7:2 Stimmen unterstützt. Aus formellen Gründen wurden sodann die Dispositivziffern 3 und 4 angepasst, indem nicht die Abteilung Präsidiales, sondern der Stadtrat entsprechend beauftragt wird, zumal der Gemeinderat nur dem Stadtrat Aufträge erteilen kann, nicht aber einer dessen Abteilungen. Diese beiden Anpassungen, wie auch die bereits von der KÖS vorgenommene Anpassung an die Änderung von Ziffer 1, wonach dem Parlament bis Herbst 2022 bzw. bis zur Beratung des Voranschlags 2023 ein Vorschlag für die Weiterführung des Projekts Herzkern zu unterbreiten sein wird, wurden einstimmig unterstützt in der RPK. Dem solchermassen geänderten Antrag des Stadtrats stimmte die RPK einstimmig zu.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann nimmt Stellung: *Ein lebendiges und attraktives Zentrum, das ist ein Wunsch, der in Uster immer wieder zum Ausdruck gebracht wird. Wir wissen das, darum haben wir dieses Anliegen auch aufgenommen. Ich verweise auf unser STEK, wo es auch um ein attraktives Zentrum geht. Uster hat kein historisches Zentrum, darum müssen wir und wollen wir – mit Herzkern – dafür arbeiten. So zeigt insbesondere der Uster-Batzen, dass dieser ohne Herzkern kaum so gut hätte abgestützt werden können. Wenn es Herzkern nicht gäbe, müsste es erfunden werden. Es ist üblich, dass wir solche Geschäfte in der Regel auf vier Jahre abschliessen, bei zwei Jahren hätte sogar der Stadtrat die Kompetenz dazu. Stimmen Sie der Weisung zu! Ich danke Ihnen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Natalie Lengacher** (Grüne): *Wie vielen Bewohnerinnen und Bewohner von Uster ist es uns Grünen auch wichtig, dass wir ein attraktives und lebendiges Zentrum in Uster haben. Der Verein Herzkern engagiert sich mit Attraktionen und Kommunikationskampagnen für dieses Ziel. Davon profitieren sowohl die Unternehmen als auch wir.*

Daher unterstützen wir auch den Antrag der KÖS, der das Projekt Herzkern für zwei weitere Jahre durch je Fr 100'000 seitens der Stadt unterstützen will. Dass Private mit nur Fr 50'000 pro Jahr dem Verein beisteuern müssen, finden wir als Übergangslösung akzeptabel. Dies gibt dem Verein Zeit, sich über seine Zukunft inklusive seiner Finanzierung Gedanken zu machen. Im Grundsatz sind wir Grünen der Meinung, dass sich die Stadt und das Gewerbe zu gleichen Teilen an Herzkern beteiligen sollen. Wie es der Name Herzkern sagt, sollte der Verein gleichermassen eine Herzensangelegenheit von der Wirtschaft und der Stadt sein.

Wir Grünen erwarten vom Verein Herzkern, dass er sich auch in Zukunft als verlässlicher Partner der Stadt Uster erweist, wenn es um Nachhaltigkeit geht, beispielsweise indem er bei Events konsequent auf Einweggeschirr verzichtet und einen Beitrag für die Auszeichnung zur Fair Trade Town leistet. Wir möchten, dass die Stadt diese Unterstützung für Nachhaltigkeit vom Verein Herzkern auch im Leistungskontrakt einfordert.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Jürg Krauer** (FDP): *Die Belebung des Zentrums ist ein zentraler und sehr wichtiger Aspekt unserer Stadtentwicklung. Dies nicht erst seit dem neuen STEK, sondern seit Jahrzehnten. Irgendwie kommt diese Belebung aber einfach nicht wirklich vom Fleck.*

Mats Bickel hat vor gut 4 Jahren in unserem Referat das Problem folgendermassen beschrieben: „Jahrelang blieb man in der Huhn-Ei-Büchse gefangen: Man wartete auf die attraktiven Geschäfte, doch kommen die erst, wenn die Leute da sind. Und die Leute kommen erst, wenn die attraktiven Geschäfte da sind. WFU, GVU und die Stadt brechen nun aus dieser Büchse aus und machen den ersten Schritt.“

Mit diesem ersten Schritt war natürlich der Kredit über max. 400'000 CHF für 4 Jahre Herzkern-Unterstützung gemeint. Zusammen mit den explizit als Anschubfinanzierung ausgewiesenen Beiträgen von GVU und WFU haben die Stadt und die Wirtschaft die Belebung des Zentrums aktiv angestossen und dem Verein Herzkern einen klaren Auftrag gegeben. Wir alle hier im Saal hatten grosse Erwartungen! Schliesslich haben wir doch nach intensiver Diskussion einen grossen Betrag gesprochen. Heute, 4 Jahre später können wir Bilanz ziehen:

- Es gab diverse Aktionen. Das Anzünden der Weihnachtsbeleuchtung, die Ruheoasen oder auch die Tavolata. Es ist klar, dass im 2020 pandemiebedingt einige Anlässe abgesagt werden mussten.*
- Der Uster-Batzen wurde eingeführt und es gibt heute sehr viele Uster-Batzen-Aannahmestellen. Aus Sicht Herzkern war die Covid-19-Pandemie wohl ein Glücksfall, hat doch die Stadt Uster mit ihrer Uster-Batzen-Aktion diese Währung massiv unterstützt und zum Fliegen gebracht. Wo würde der Uster-Batzen am heutigen Tag ohne diese Unterstützung stehen?*
- Auf der Website von Herzkern sind 33 Mitgliedsfirmen aus ganz Uster aufgeführt. Vom Autohändler über den Gärtner bis zum Reinigungsinstitut. Gemäss Evaluationsbericht sind es aber gegen 50 Mitglieder.*
- Die Stadt musste noch nie die vollen 100'000 CHF ausbezahlen. Dem Verein ist es offenbar also noch in keinem Jahr gelungen, zusätzliche Drittmittel von 50'000 CHF aufzutreiben.*
- Der Evaluationsbericht wurde im Sommer 2019 von der LG Standortförderung erstellt. Also quasi eigenhändig, sind doch sowohl die Standortfördererin als auch ihr Vorgesetzter im Vorstand von Herzkern. Der Bericht kommt zwar teilweise selbstkritisch daher, ist aber mehrheitlich positiv. Vor 4 Jahren wurde uns im Übrigen versprochen, dass der Evaluationsbericht «unter Einbezug einer externen Person» erstellt wird. Wer war diese externe Person? Eventuell kann dies die Stadtpräsidentin noch beantworten. Gerade weil in Usters Schlüsselprojekten immer die gleichen Personen mitmischeln, wäre ein unabhängiger Bericht zwingend gewesen.*

Es wurde einiges gemacht und trotzdem, persönlich stelle ich in den letzten 4 Jahren keine spürbare und insbesondere nachhaltige Veränderung der Zentrumsbelebung fest. Irgendwie hat man das Gefühl, dass trotz massiver finanzieller Unterstützung durch die Stadt und das Gewerbe das Projekt bis heute nicht wirklich zum Fliegen kam. Zumindest ist es nicht gelungen, sich in der Ustermer Bevölkerung und auch im Ustermer Gewerbe so zu verankern, dass Herzkern aus Uster nicht mehr wegzudenken wäre. Offenbar konnte man sogar auch das Ustermer Gewerbe noch nicht genügend von der Herzkern-, bzw. Herzscherz-Idee, wie der Verein unter den Gewerblern spöttisch genannt wird, überzeugen, ansonsten würde man heute finanziell wohl nicht so schlecht dastehen, bzw. wäre man nicht nach wie vor auf die Beträge von GVU und WFU angewiesen.

Die grossen Erwartungen an den Verein wurden bis anhin aus unserer Sicht noch nicht erfüllt. Trotzdem, die FDP/CVP-Fraktion will dem Verein nicht den Stecker ziehen. Zu wichtig ist für uns die Belebung des Zentrums, zu wichtig ist für uns das Gewerbe von Uster.

Wir unterstützen eine Weiterführung vorerst. Dies allerdings mit dem klaren Auftrag an den Verein, die Sichtbarkeit zu erhöhen und sich in Uster zu verankern. Nicht nur in der Bevölkerung, sondern insbesondere auch im Gewerbe. Denn längerfristig sollte dieses ja den Verein eigentlich finanzieren. Wir wollen nun aber Taten sehen, und dies in den nächsten 2 Jahren. Dafür sind wir sogar bereit, den finanziellen Beitrag von der Parität zu entkoppeln. Dies damit man sich in den nächsten Jahren auf die Verbesserung der Sichtbarkeit und die Organisation der Events konzentrieren kann und nicht noch zeitraubend dem Geld hinterherrennen muss. Ob hierfür die aktuelle Strategie die richtige ist oder ob man hierfür das richtige Personal hat, muss der Vereinsvorstand entscheiden. Dieser ist in der Verantwortung!

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvan Dürst** (SVP): *Ein belebtes Zentrum ist wichtig damit unser Gewerbe gut funktionieren kann, neue Gewerbe zu uns nach Uster kommen und die Gemeinschaft sich begegnen kann. Genau dieses Anliegen zu verfolgen, hat sich die Organisation Herzkern in Uster seit vielen Jahren zur Aufgabe genommen.*

Neben den Städten Zürich und Winterthur ist die Erfüllung dieser Aufgabe gar nicht so einfach. Die guten S-Bahn Verbindungen ermöglichen der Ustermer Bevölkerung, Schlädereien in Nachbarnstädten zu geniessen. Der Anreiz für neue Gewerbetreibende in Uster etwas aufzubauen ist eher klein und braucht viel Mut. In der Vergangenheit sind viele gute Ideen kläglich gescheitert und viel Geld durch mutige Unternehmer wurde verloren.

Der Verein Herzkern Uster kämpft, um die Situation bei uns zu verändern, aber grosse Anstrengungen gehen bei der Besorgung der Liquidität verloren und das Tagesgeschäft rückt an zweite Stelle. Uns Bürgerlichen ist es wichtig dem Herzkern mit dem nötigen Vertrauen einen finanziellen «Boost» zu geben, den Druck ums Überleben zu nehmen und privaten Anlegern einen höheren Anreiz zu geben.

Diese Richtungsänderung ist wichtig, es soll aber jeder Zeit möglich sein, die Notbremse beim schlechten Kursverlauf zu ziehen und die Förderung durch die Stadt Uster einzustellen.

Wir alle, in Uster gehen mit dem Anliegen vom Herzkern einer Meinung, aber ein Blindflug für vier Jahre ist nicht in unserem Interesse. Unsere Erwartungshaltung an die Bemühungen für die kommenden Jahre ist hoch und wir beobachten die Entwicklung mit kritischem Auge.

Wir danken dem Verein Herzkern für ihr bisheriges Engagement und drücken alle Daumen für den weiteren Erfolg.

Nach dem Motto "gutes besteht, schlechtes geht" unterstützt die SVP/EDU-Fraktion den Herzkern-Turbo und freuen uns nach zwei Jahren auf eine positive Bilanz.

Für die SP-Fraktion referiert **Monika Fitze** (SP): *Sofern ich meinen Vorrednern richtig zugehört habe, dann sind wir uns im Rat offenbar alle einig. Kontrovers wird es bei der Frage, wie die Stadt auf das zurückhaltende Engagement der Immobilienbesitzer, Detaillisten und Gastronomen reagieren soll. Ausgerechnet die Bürgerlichen, die sich gerne gewerbefreundlich zeigen, wollen die Laufzeit des Kontrakts auf 2 Jahre verkürzen und zeigen sich damit „hasenfüssig, wenn nicht sogar „hasenherzig“. Weshalb dieses Misstrauen gegenüber ihrer eigenen Klientel? Wenn die Privaten schon halbherzig dabei sind, soll also auch die Stadt nur halbherzig Ja sagen, scheint die etwas einfache Logik zu sein. Zweimal halbherzig bedeutet doch einfach: Man traut der Sache nicht. Wir sagen aber: Wenn schon, dann aber richtig.*

Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht. Es gilt, das bereits Entstandene zu stärken und den Blick auf das Gelingende zu halten. Die Detaillisten und die Gastronomen stehen wegen der Covid-Krise aktuell stark unter Druck. Ist es in dieser Krise wirklich ein realistisches Ziel, dass sie innert zwei Jahren ihr finanzielles Engagement markant ausbauen können und den wegfallenden Beitrag des WFU kompensieren können? Und wenn nicht, ist die bürgerliche Seite in zwei Jahren bereit, auf den Schlauch zu stehen und das Projekt an die Wand zu fahren? Sicher ist, dass eine Verkürzung der Vertragsdauer die Planungssicherheit für den Verein reduziert und die Bürokratie erhöht. Herzkern müsste damit seine Ressourcen statt in die Akquise neuer Mitgliederbeiträge ins Verfassen eines weiteren Evaluationsberichts stecken. Wollen wir im Parlament so stark und in so engen Intervallen kontrollieren und in operative Geschäfte der Verwaltung eingreifen, zumal die resultierende neue Kreditsumme von 200'000 Franken – wir haben es von der Stadtpräsidentin bereits gehört – noch in der Kompetenz des Stadtrates liegt?

Die SP-Fraktion ist sich deshalb einig, dass es sich aus einem öffentlichen Interesse heraus weiterhin lohnt, ins Zentrum zu investieren. Wir sollten alles tun, dass die Kooperation zwischen privater und öffentlicher Seite weitergeführt wird. Hier appellieren wir insbesondere an die Immobilienbesitzer, sich am Projekt zu beteiligen, weil letztlich ihre Ladenflächen mit der gesteigerten Publikumsfrequenz an Wert gewinnen werden. Die SP sagt beherzt ja zum Herzkern. Wir lehnen deshalb den ersten Änderungsvorschlag für eine Verkürzung auf 2 Jahren ab und werden dem zweiten Änderungsvorschlag um eine Reduktion des Mindestbeitrags von privater Seite auf 50'000 Franken zustimmen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Mary Rauber** (EVP): *Der Verein Herzkern ist für Uster ein gemeinsames Erfolgsprojekt von Stadt und Gewerbe. Das Stadtzentrum soll belebt werden, daran hat Uster nun gemeinsam mit dem Verein und dem Gewerbe gearbeitet und Geld investiert. Die Oasen, die Unterstützung des Samstagsmarktes und auch die Lancierung des Uster-Batzens sind aus unserer Sicht eine Erfolgsgeschichte und durch viel Engagement und Herzblut von Seiten des Vorstands und der Geschäftsstellenleiterin zustande gekommen. Dafür bedankt sich die Grünliberale/EVP-Fraktion herzlich beim Vorstand des Vereins Herzkern.*

Für die Zukunft wünscht sich die Grünliberale/EVP-Fraktion neben der Belebung des Zentrums mehr Engagement für Projekte, welche der Nachhaltigkeitsstrategie von Uster und den Grundsätzen einer „Fair-Trade-Town“ entsprechen. Eine Leistungsvereinbarung muss diese Grundsätze aus unserer Sicht widerspiegeln.

Da der Entscheid durch eine Patt-Situation in der KÖS mit dem Stichentscheid des Präsidenten zustande kam, stellen wir von der Grünliberale/EVP-Fraktion den Antrag auf eine Leistungsvereinbarung für 4 Jahre. Wir sehen nicht ein, weshalb diese Unterstützung des Gewerbes gerade von der rechten Ratsseite auf 2 Jahre verkürzt werden soll. Wir von der Grünliberale/EVP-Fraktion wollen Hand bieten für Planungssicherheit des Vereins. Wir stellen deshalb den Änderungsantrag für den Antrag des Stadtrates, welchen Sie auf dem Tisch vorfinden.

Detailabstimmungen

Über die Änderungsanträge zu Ziffer 2 werden zwei Abstimmungen durchgeführt, und zwar die erste über die Beschränkung auf die Jahre 2021-2022 – womit auch der Antrag von Mary Rauber, die an vier Jahren festhalten will, bereinigt werden kann – und damit einen Kredit von CHF 200'000 in Verbindung mit Ziffer 4, danach die zweite über den Betrag „von mindestens CHF 50'000 pro Jahr“, welche damit den Antrag von Mary Rauber inkludiert.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit beantragt folgende Änderungen im Dispositiv (Änderungen unterstrichen):

1. Die Stadt Uster beteiligt sich für die Jahre 2021 bis 2022 am Projekt Herzkern Uster und engagiert sich mit Personal- und Sachleistungen sowie einem finanziellen Beitrag.
2. Für das Projekt Herzkern Uster wird für die Jahre 2021 bis 2022 ein einmaliger Kredit von Total 200'000 Franken (100'000 Franken pro Jahr) bewilligt. Der Beitrag ist an die Bedingung geknüpft, dass eine Beteiligung durch Private (Gewerbe, Detailhandel, Verbände) von mindestens 50'000 Franken pro Jahr erfolgt, ansonsten reduziert sich der Beitrag der Stadt auf die gleiche Höhe der Beteiligung durch Private.
3. Die Abteilung Präsidiales wird mit der Umsetzung und Ausarbeitung eines Leistungskontraktes mit dem Verein Herzkern beauftragt.
4. Die Abteilung Präsidiales wird beauftragt, bis zur Beratung des Voranschlags 2023 der Stadt Uster das Projekt Herzkern Uster zu evaluieren und dem Parlament einen Vorschlag für dessen Weiterführung zu unterbreiten.
5. Mitteilung an den Stadtrat.

Der Antrag der Kommission zu Ziffer 1 wird mit 19:13 angenommen, zu Ziffer 2 mit 27:0 Stimmen und zu Ziffer 4 mit 16:0 Stimmen angenommen.

Mary Rauber (EVP) beantragt folgende Änderung von Ziffer 2:

Für das Projekt Herzkern Uster wird für die Jahre 2021 bis 2024 ein einmaliger Kredit von Total 400'000 Franken (100'000 Franken pro Jahr) bewilligt. Der Beitrag ist an die Bedingung geknüpft, dass eine Beteiligung durch Private (Gewerbe, Detailhandel, Verbände) von mindestens 50'000 Franken erfolgt. Resultiert von privater Seite ein geringerer Beitrag, so reduziert sich automatisch auch der städtische Beitrag auf die gleiche Höhe.

Der Antrag von Mary Rauber (EVP) wird mit 22:0 Stimmen angenommen.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt folgende Änderungen von Ziffer 3 und Ziffer 4:

Die Worte «Die Abteilung Präsidiales» werden durch «Der Stadtrat» ersetzt.

Der Antrag wird mit 29:0 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 31:0 Stimmen:

- 1. Die Stadt Uster beteiligt sich für die Jahre 2021 bis 2022 am Projekt Herzkern Uster und engagiert sich mit Personal- und Sachleistungen sowie einem finanziellen Beitrag.**
- 2. Für das Projekt Herzkern Uster wird für die Jahre 2021 bis 2022 ein einmaliger Kredit von Total 200'000 Franken (100'000 Franken pro Jahr) bewilligt. Der Beitrag ist an die Bedingung geknüpft, dass eine Beteiligung durch Private (Gewerbe, Detailhandel, Verbände) von mindestens 50'000 Franken pro Jahr erfolgt, ansonsten reduziert sich der Beitrag der Stadt auf die gleiche Höhe der Beteiligung durch Private.**
- 3. Der Stadtrat wird mit der Umsetzung und Ausarbeitung eines Leistungskontraktes mit dem Verein Herzkern beauftragt.**
- 4. Der Stadtrat wird beauftragt, bis zur Beratung des Voranschlags 2023 der Stadt Uster das Projekt Herzkern Uster zu evaluieren und dem Parlament einen Vorschlag für dessen Weiterführung zu unterbreiten.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Weisung 64/2020 des Stadtrates: Rückbau Temporäre Dreifachturnhalle Buchholz mit Option "Biodiversität", Baukredit von brutto 325'000 Franken inkl. MWST

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Ich spreche für beide Kommissionen KBK und RPK.*

Das Geschäft wurde in beiden Kommissionen von Stadträtin Karin Fehr, Anita Bernhard, Leiterin Abteilung Gesundheit und Beat Berger, Leiter Geschäftsfeld Sport, vertreten. Die KBK diskutierte die Vorlage am 7. September 2020, die RPK wies am 14. September 2020 die Weisung für eine zusätzliche Abklärung zurück, um schliesslich an ihrer Sitzung vom 26. Oktober 2020 über den Antrag abzustimmen, was zu einer Verzögerung im Terminplan führte.

Die Zusatzrunde war aus Sicht der RPK jedoch nötig, um ein Angebot zu klären, welches sich erst anfangs September ergab. Leider waren die Verhandlungen in diesem Fall genauso erfolglos wie die vergangenen Bestrebungen, die Halle zu verkaufen oder zu verschenken, wenn die Abbaukosten übernommen würden.

Fragen, weshalb die Verhandlungen scheiterten, waren Thema in beiden Kommissionen. Da die Halle eine spezielle Konstruktion aufweist, sind der Abbau und der Wiederaufbau nicht so trivial, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Daher sind alle Interessenten bei näherer Betrachtung der Halle abgesprungen.

In beiden Kommissionen wurde auch über alternative Nutzungsmöglichkeiten der Halle diskutiert. Doch dem stehen, wie im stadträtlichen Antrag erwähnt, baurechtliche Hürden im Weg. Insbesondere der energetische Zustand der Halle lässt keinen unbefristeten Betrieb zu. Für eine Verlängerung der befristeten Baubewilligung hätte eine Dringlichkeit für eine Nutzung im öffentlichen Interesse bestehen müssen, die jedoch fehlte.

Schlussendlich bleibt keine andere Option übrig, als die Halle sowie die als Nebenräume genutzten Container durch ein Spezialunternehmen auf Kosten der Stadt abbauen zu lassen. Und so belaufen sich die Projektkosten schliesslich auf CHF 1'355'000, statt der in der Weisung 25/2015 für den Baukredit vorgesehenen Minus von höchstens CHF 300'000. Für den Rückbau sind CHF 270'000 vorgesehen.

Immerhin wird die Halle nicht verschrottet, sondern findet wohl im näheren Osten eine neue Heimat. Und wenn, man weitere positive Punkte in diesem Projekt sucht, ist zu erwähnen, dass man es als Investition zur Sicherung des Mittelschulstandorts betrachten kann und nun die Vereine davon profitieren, dass Sie sich in der neuen Halle der BZU zu städtischen Konditionen einmieten können. Im Gleichzug mit dem Rückbau schlägt der Stadtrat in Abstimmung mit der Gesamtplanung der Sportanlagen Buchholz vor, auf der Hallenfläche und angrenzend verschiedene Massnahmen für die Erhöhung der Biodiversität umzusetzen. Dafür beantragt er einen Kredit von CHF 55'000. Die Mehrkosten im Unterhalt gegenüber einer reinen Wiesenbegrünung seien aufgrund der Erfahrungen von anderen umgestellten Flächen gar tiefer, da weniger Schnitte nötig seien.

Die KBK ergänzte den Dispositivpunkt 1 um den Hinweis auf die ausserordentlichen Abschreibungen des Restbuchwertes von rund CHF 2.1 Mio, welche die Erfolgsrechnung belasten werden.

Die KBK wie RPK stimmten schliesslich dem geänderten Antrag mit je 7:2 zu.

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, **Stadträtin Karin Fehr Thoma**, nimmt Stellung: *Vor 4 ½ Jahren haben Sie als Gemeinderat dem Investitionskredit für den Bau der Dreifachturnhalle Buchholz zugestimmt. Der AvU titelte bereits zwei Tage zuvor „Grosse Halle mit kurzer Lebensdauer“. Ihr damaliges Ja war – das konnte auch ich dem Sitzungsprotokoll entnehmen - ein durchaus kritisches. Erst im September 2015 hiess es im AvU „Grünes Licht für Dreifachturnhalle“ – dies nachdem der Bezirksrat auf einen Rekurs gegen den Gemeinderatsentscheid nicht eingetreten war und der Beschwerdeführer auf den entsprechenden Weiterzug ans Verwaltungsgericht verzichtet hatte. 2016 konnte die Tempohalle ihren Betrieb aufnehmen. Sie diente in den darauffolgenden drei Jahren dem obligatorischen Sportunterricht des BZU, dem Unihockey und weiterem Vereinssport. Dafür bezahlten der Kanton und die Vereine Miete. Die Halle erfüllte ihren Zweck vollumfänglich, wenn auch nicht immer zur vollsten Zufriedenheit ihrer Nutzerinnen und Nutzer. Am 14. Februar 2018, zwei Tage, nachdem Sie die Bauabrechnung ohne Gegenstimme genehmigt hatten, berichtete der AVU: „In der Turnhalle Buchholz frieren die Sportler“. Heute profitiert die Sportstadt Uster von den zwei wunderbaren, neuen Dreifachturnhallen des BZU.*

Unmittelbar nach Beginn des Hallenbetriebes wurde mit Unterstützung einer externen Firma die Verkaufsbestrebungen begonnen. Zahlreiche Gespräche mit Interessierten folgten. Alle kamen nach ihren Abklärungen zum Schluss, dass sie die Halle nicht übernehmen wollten. Entsprechend titelte der AvU am 10. Dezember 2019 „Das Turnhallenprovisorium will einfach nicht weg“.

Deshalb wurden im letzten Jahr zusätzlich die Verlängerung der befristeten Bewilligung und damit auch alternative Nutzungsmöglichkeiten geprüft. Das Ergebnis ist uns bekannt, weshalb die Abteilung Gesundheit zur Ausschreibung der Leistungen «Rückbau», «Abtransport» und «Entsorgung/Wiederverwendung» dieser Halle schritt. Am 7. Juli 2020 traf der Stadtrat den Vergabe-Entscheid für rund CHF 115'000 an die «Baskarad AG» aus Würenlingen, vorbehaltlich der Rechtskraft der Genehmigung des Baukredites über CHF 270'000.00.

Für Ihre heutige Bewilligung des Baukredites von CHF 270'000 für den Rückbau der temporären Dreifachturnhalle Buchholz dankt Ihnen der Stadtrat. Nebst der Abschreibung des Restbuchwerts von Franken CHF 2.092 Mio. werden 2021 auch die Investitionen von CHF 270'000 für den Rückbau der Halle abgeschrieben werden müssen.

Ebenso bedankt sich der Stadtrat für Ihre Genehmigung des zusätzlichen Kredits von brutto CHF 55'000 für die Umsetzung der „Option Biodiversität“. Mit letzterer kann die Biodiversität auf der Sportanlage Buchholz weiter gefördert und die Aufenthaltsqualität gesteigert werden. Darüber werden sich Mensch, Tier und Pflanze freuen.

Unter welchem Titel die neuste Berichterstattung des AvU erfolgen wird, erfahren wir morgen oder übermorgen. Vielleicht heisst es wieder: „Grosse Halle mit kurzer Lebensdauer in Uster“.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Hätte ich gewusst, dass die zuständige Stadträtin umfassend sprechen wird, wäre ich wohl nochmals an meinen Sitzplatz gegangen.* (Heiterkeit im Saal)

Der Mehrheit des Rats ist die Geschichte des Geschäftes in lebendiger Erinnerung. Kaum in Betrieb, stand die sogenannte leicht beheizte Halle in Kritik, da im Sommer zu warm, im Winter zu kalt und die Energiekosten waren im Rat so regelmässig Thema wie die Fragen nach der weiteren Verwendung der Halle in den letzten zwei Jahren.

Ob all der Kritik darf nicht vergessen werden, dass die Halle dennoch für das Berufsbildungszentrum BZU wie auch für Ustermer Vereine während der Zeit des Neubaus der Kantonsschule Unterschlupf für Sportunterricht und Training bot. Im Fall des Unihockeyclub war es offenbar ein so motivierendes Umfeld, dass das Fanionteam der Herren gleich zweimal die Playoffs erreichten, was ihnen zuvor nie gelang.

Etwas ketzerisch könnte man behaupten, die Temporärhalle war des Stadtrats gewichtigstes „Committed“ zum Mittelschulstandort, während er sich in der politischen Diskussion um die Standortwahl der kantonalen Gymnasien und Berufsbildungen eher vornehm zurückhielt.

Der vorliegende Antrag des Stadtrates lässt sich nicht anders umschreiben als mit dem berühmten schrecklichen Ende. Gut eine Million mehr kostet uns das Projekt, als dem Rat in der Weisung 25/2015 vor fünf Jahren versprochen. Schlimmer als der finanzielle Zusatzaufwand ist aber der Vertrauensverlust in solche Kreditvorlagen. Im Rückblick erscheint es, als ob dem Gemeinderat ein Projekt schmackhaft gemacht wurde, nach dem Motto: Wir schaffen Hallenkapazitäten zum Nulltarif für die Stadt. Dabei wurden weder die Betriebskosten sauber gerechnet noch die postulierten Verkaufserträge verifiziert.

Solche Wendungen bleiben im Gedächtnis haften, auch wenn das Erinnerungsvermögen im Parlament zeitweise eine kurze Halbwertszeit hat. Kreditvorlagen werden es so künftig schwerer haben, das Vertrauen des Rates oder des Stimmvolkes zu finden, da man nie weiss, ob man eine rosafarbene Brille aufgesetzt erhalten hat oder ob die Zahlen der Realität entsprechen.

Daher steht die Mehrheit der FDP/CVP-Fraktion den zusätzlichen Kosten der Option Biodiversität kritisch gegenüber. Eine einfachere Begründung der Fläche liesse sich sicher günstiger umsetzen, ohne dass die Aufenthaltsqualität darunter leiden müsste.

Die FDP/CVP-Fraktion wird dem Kredit für den Rückbau ohne Begeisterung zustimmen, jedoch den Zusatzkredit für die Option Biodiversität mehrheitlich ablehnen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): *Mit der Genehmigung der Rückbaukosten für die temporäre Dreifachturnhalle schliessen wir heute ein für eine Energiestadt Gold unwürdigen und für den Stadtrat Uster äusserst unrühmliches Kapitel ab. Einmal mehr müssen wir in den sauren Apfel beissen und einem Antrag zu einem Projekt zustimmen, das von vorneherein keinerlei Nachhaltigkeitsansprüchen zu genügen vermag. Aus der Weisung:*

„Die totalen Projektkosten liegen mit 1'355'000 Franken deutlich höher als ursprünglich angenommen. Diese Differenz ist grösstenteils durch den höheren Energieverbrauch und die damit verbundenen Kosten zu erklären. Hinzu kommen die unerwarteten Kosten für den Rückbau.“

Warum bitte schön sollen diese Kosten für den Rückbau unerwartet sein? In unserem Fraktionsvotum am 13. April 2015 haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die Kosten für den Rückbau bereits mit ausgewiesen werden müssten, da der Rückbau bei einer temporären Baute ja bereits absehbar ist, weiter dazu aus der Weisung: „Die Abklärungen haben ergeben, dass der provisorische Bau zu viele Abweichungen von den geltenden Normen aufweist, als dass eine unbefristete (definitive) Baubewilligung erteilt werden könnte.“

Auch diese Aussage ist für unsere Fraktion keine Überraschung – überraschend ist eher, dass der Stadtrat dies bisher nicht einsehen wollte. Haben wir doch auch bereits am 13. April 2015 aus dem kantonalen Vollzugsordner Energie bezüglich energetischen Auflagen für provisorische Bauten zitiert: „Bei provisorisch bewilligten Bauten mit einer maximal auf 3 Jahre befristeten Baubewilligung sind Erleichterungen möglich. Diese Erleichterungen gelten nur einmalig. Werden solche Bauten andernorts wieder aufgestellt (z. B. Fertigbauten für Schulräume), sind die Wärmeschutzanforderungen einzuhalten.“

Es war also klar schon damals absehbar, dass weder eine Verlängerung der Ausnahmegewilligung am selben Standort noch eine Bewilligung an einen anderen Standort möglich sein wird. Was zu nahezu 100%iger Wahrscheinlichkeit einen Verkauf der Halle ausschloss, da wohl kaum jemand eine Halle kaufen will, die ungenügend isoliert ist und nicht beheizt werden darf. Kurz: Wir schlucken diese Kröte und stimmen dem Dispo 1 des Antrages zu.

Ein wenig ein mulmiges Gefühl haben wir auch beim Dispo 2 des Antrages. So gerne wir Ja zur Förderung der Biodiversität sagen, sprechen durchaus auch einige Punkte gegen diesen Antrag. Einerseits sind dies die Kosten, zum anderen hat man uns im Januar 2019 das Konzept der Sportanlagen vorgestellt. Dabei sollte westlich dieser Fläche bis zum Jahr 2025 ein neuer Fussballplatz (Naturrasen) erstellt werden. Auf der Fläche, die nun aufgewertet werden soll, ist auf diesen Skizzen ein Gebäude vorgesehen. Wenn wir nun auf dieser Fläche neben der bestehenden Buchholzhalle hochstämmige Obstbäume und Wildgehölze anpflanzen, dann werden wir in den nächsten 10 bis 20 Jahren auf dieser Fläche keine Bauten oder Anlagen errichten. Damit verbauen wir uns die Weiterentwicklung der Sportanlagen in diesem Gebiet. Wir werden uns nicht nur gegen eine zusätzliche Einzonung stellen, sondern auch gegen ein Abholzen dieser Bäume und Gehölze.

Eine Zustimmung zum Dispo 2 dieses Antrags hier im Rat bedeutet für unsere Fraktion deshalb gleichzeitig ein Bekenntnis zum Standort Heusser-Staub für den Fussball, weil eine Erweiterung im Buchholz nicht mehr möglich sein wird.

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): *Der Antrag für den Rückbau der Dreifachturnhalle gab in der Fraktion nicht viel zu reden. Bedauert wurde aber, dass die Halle nicht, wie ursprünglich gedacht, verkauft werden konnte. Auch der zusätzliche Kredit für die Umsetzung der Biodiversität fand Anklang.*

Was aber einmal mehr zu diskutieren gab, war die Finanzpolitik des damaligen Stadtrates. Der Bau der provisorischen Dreifachturnhalle kostet uns rund Fr. 2,7 Mio. Eine Stange Geld ist das. Man sieht, ein Provisorium erstellen ist nie eine günstige Variante. Vielleicht hätte es dannzumal mit einem guten Blick in die Zukunft eine definitive Lösung gegeben, auch wenn diese Lösung dann mehr Geld gekostet hätte als das Provisorium. Heute kann wohl man von einer Fehlplanung sprechen, die Kosten dafür zahlt der heutige Stadtrat. Vermutlich 2020 oder spätestens 2021 belastet diese Halle den Finanzhaushalt mit zusätzlich mehr als 2 Mio. Franken. Es ist aber unbestritten, dass die Halle sehr gut genutzt wurde und es eine Lösung brauchte.

Uns geht es darum, zukünftig zu schauen, wieviel Sinn es macht in ein Provisorium zu investieren oder macht es mehr Sinn in eine definitive Lösung zu investieren, auch wenn dies im Moment viel Geld kostet. Und noch einmal, die SP stimmt der Weisung zu.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Barbara Keel** (SVP): *«Einen Schuh voll herausgezogen» oder «teures Lehrgeld» bezahlt. So könnte man das Kapitel der temporären Dreifachturnhalle betiteln. Die tatsächlichen Kosten für das ganze Projekt liegen deutlich über den angenommenen und der geplante Verkaufserlös hat sich ebenfalls in Luft aufgelöst. Für das Unwissen der Stadt Uster müssen wir nun tief ins Portmonee greifen. Eigentlich ist der Abriss einer solchen Halle, bei welcher die Lebensdauer auf 20 Jahre geschätzt werden kann, die aller-schlechteste Option. Aber eben: Abbrechen und Schwamm drüber, möchte man nun sagen. Doch nun soll der Abbruch nochmals ärgerliche CHF 270'000 kosten. Dies im Wissen, dass der berück-sichtigte Unternehmer die Halle danach selber verkaufen wird und somit gleich doppelt Profit macht. Wenn die Halle schon nicht weiterverkauft werden kann, dann kann sie auch einfach für die günstigste Variante abgebrochen und entsorgt werden. Wir vermissen hier das Veto der RPK, deren Grundauftrag die Überprüfung der Sparsamkeit von Vorlagen ist. Weshalb die Halle, die ja nur für drei Jahre gedacht war, nicht direkt wieder abgeschrieben wurde, ist uns ebenfalls ein Rätsel. Und wenn wir schon daran sind, überteuerte Sachen zu beschliessen, dann können wir auch noch gleich CHF 55'000 für die Gestaltung der Umgebung mit «Biodiversität» ausgeben. Wir lehnen den Abriss nicht grundsätzlich ab, aber unter diesen teuren Umständen können wir nicht zustimmen. Mit einer Ablehnung der Weisung wären die Verträge hinfällig und die Stadt könnte eine günstigere Abrissvariante ausarbeiten. Gemäss Auskunft des Stadtrates zur Anfrage 566/2019 ist ein Rückbau im Winter nicht möglich. Wir haben ausreichend Zeit für eine Neuauflage der Wei-sung. Wir lehnen die Weisung aus diesen Gründen ab.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *Das kann weg! Mehr mag man zu dieser Dreifachturnhalle eigentlich kaum sagen. Die temporäre Dreifachturnhalle hat keine ruhmreiche Vergangenheit. Ihre Geschichte reicht zurück in die Zeit, als Transparenz noch nicht zu den Tugen-den des Stadtrats gehörte. Sie ist gespickt mit schönen Versprechungen und falschen Behauptun-gen. Dazu gehörte beispielsweise, dass der damalige Stadtrat in der Weisung 25/2015 die Gesamt-kosten für die Dreifachturnhalle auf 825'000 Franken veranschlagte. Zudem stellte er einen Wieder-verkauf mit einem Erlös von bis zu 800'000 Franken in Aussicht. Gekommen ist es dann anders! Die Halle war für die Nutzerinnen und Nutzer mehrheitlich ein Är-gernis: Im Winter zu kalt, im Sommer zu heiss! Wegen der fehlenden Isolation entpuppte sie sich als wahre Energieschleuder, was sich auch finanziell niederschlägt. Die Gesamtkosten liegen – ohne Rückbau – fast ein Drittel höher: 1.085 Millionen statt 825'000 Franken. Und einen Zustupf aus ei-nem Wiederverkauf gibt es auch nicht: Sogar gratis wollte die Halle niemand haben! Angesichts der schlechten Isolationswerte ist es wohl das Beste, die Halle zu entsorgen. Wo bislang die Halle stand, soll nun Platz für die Biodiversität geschaffen werden. Das freut uns Grüne! Vor allem wenn sie nicht bloss als Oase isoliert sondern vernetzt mit anderen für die Bio-diversität wichtigen Flächen realisiert wird. Diese Massnahme ist ein Indikator, dass die Motion 511, die ich vor über zwei Jahren zum Schutz der Artenvielfalt eingereicht habe, in der Verwaltung doch nicht ganz vergessen ging. Die Option «Biodiversität» ist vielleicht auch als kleine Wiedergutmachung für all das CO₂, das wegen dieser Turnhalle in die Atmosphäre geblasen wurde.*

Walter Meier (EVP): *Eine Anmerkung zu den Ausführungen Karin Fehrs. Wir bewilligen heute ei-nen Baukredit. Das heisst, dass es eine Bauabrechnung gibt, welche der Gemeinderat zu behandeln hat. Erst nachher wird der Kredit abgeschrieben. Ob das bereits im Jahr 2021 der Fall sein wird, hängt davon ab, wann wir die Bauabrechnung erhalten.*

Stadträtin Karin Fehr Thoma: *Zu Ursula Räuftlin halte ich fest, dass unser Vorgehen mit dem Konzept Buchholz kompatibel ist.*

Hans Denzler (SVP) bedauert, dass der Stadtrat immer das teuerste Vorgehen ausarbeiten muss. Wenn wir diese Fläche nur ansäen würden, könnten wir erhebliche Kosten sparen. Ich halte es für schade, dass wir zur Ziffer 2 „Nein“ sagen müssen.

Detailabstimmungen

Die Kommission Bildung und Kultur beantragt folgende Änderung von Ziffer 1 Dispositiv (Ergänzung unterstrichen):

Für den Rückbau der temporären Dreifachturnhalle Buchholz wird ein Baukredit von brutto 270'000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10 %) bewilligt. Der Restbuchwert von 2'092'101.52 Franken wird abgeschrieben.

Der Antrag wird mit 24:8 Stimmen angenommen.

Marc Thalman (FDP) beantragt Ziffer 2 zu streichen.

Der Antrag wird mit 16:18 Stimmen a b g e l e h n t .

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 23:9 Stimmen:

- 1. Für den Rückbau der temporären Dreifachturnhalle Buchholz wird ein Baukredit von brutto 270 000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10%) bewilligt. Der Restbuchwert von 2'092'101.52 Franken wird abgeschrieben.**
- 2. Für die Umsetzung der Option «Biodiversität» wird ein zusätzlicher Kredit von brutto 55 000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10%) bewilligt.**
- 3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel gegebenenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

8 Weisung 63/2020 des Stadtrates: Genehmigung Projektierungskredit für den Neubau des Kultur- und Begegnungszentrums auf dem Zeughausareal Uster

Tischvorlage: Änderungsantrag der FDP/CVP-Fraktion vom 7. November 2020.

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert **Markus Wanner** (SP): *Ich habe das Kommissionsreferat in drei Teile gegliedert:*

- *Eine Zusammenfassung der Weisung,*
- *die Diskussion in der Kommission Bildung und Kultur*
- *und die Anträge in der Kommission.*

Zusammenfassung der Weisung: Die Entwicklung des Zeughausareals ist eines von 12 Schlüsselprojekten im Stadtentwicklungskonzept STEK. Es schafft Raum für Begegnung und Kultur und trägt zu einem belebten Stadtzentrum bei. Zudem wird durch den Umzug des Stadthofsaaals das Areal des heutigen Standorts frei für die Weiterentwicklung des Masterplans Stadtpark. Der erste Schritt ist vor 15 Jahren erfolgt. Bereits zu dieser Zeit ist die Absicht bestanden, den Stadthofsaaal und den damaligen Qbus, zusammenzuführen. Die Geschichte hat uns überholt. Heute sprechen wir nicht mehr vom Qbus, sondern vom Central, aber wir sprechen immer noch von einem Provisorium. Und das Dach des Stadthofsaaals musste in der Zwischenzeit saniert werden, mit einer Nutzungsdauer bis 2024. Vor 11 Jahren haben die Ustermer Stimmberechtigten das erste Mal ja zum Entwicklungskonzept und zum 5-Phasen-Plan gesagt. Vor 4 Jahren haben die Stimmberechtigten als Abschluss der 4. Phase ja zum Gestaltungsplan gesagt. Vor 3 Jahren hat die Stadt den Ostteil des Areals gekauft. Vor knapp 3 Jahren hat der Gemeinderat ja zur Entwicklungsvision, zum Zwischennutzungskonzept, zum Träger- und Betriebsmodell sowie zum Wettbewerbsprogramm inkl. Raumprogramm gesagt. Mit dem letzten Beschluss hat der Gemeinderat den Stadtrat beauftragt, den Architekturwettbewerb durchzuführen. Wichtig dabei: Das Raumprogramm sollte dabei so redimensioniert werden, dass die Investitionskosten zulasten der Stadt als Zielgrösse CHF 20 Mio. beträgt. Eine Einstellhalle sei, wie im Gestaltungsplan vorgesehen, zusätzlich zu realisieren.

Im Juni 2019 ging aus dem Architekturwettbewerb das Projekt «KUZU» von EM2N Architekten als Siegerprojekt hervor.

Zur Projektanlage: Auf dem Zeughausareal wird für den 50-jährigen fossil beheizten Stadthofsaaal und das Kulturhaus Central im Provisorium an der Zentralstrasse ein Ersatzbau realisiert. Dieser wird einen Saal mit 700 Plätze, eine Kleinkunsthöhne mit 120 Plätzen, zwei Kinosäle mit Bar, einen Ausstellungsraum, einen Gastrobetrieb und eine Tiefgarage mit 72 Parkplätzen aufweisen.

Zum Siegerprojekt KUZU:

Das Projekt «KUZU» ergänzt das nordöstliche Zeughaus K2 mit zwei einfachen, in der Grösse und Struktur unterschiedlichen Bauten: Dem «Kultursaal» und dem «Kulturregal». Der Altbau Zeughaus K2 mit seiner historischen Struktur wird nur minimal umgebaut und saniert. In seinem Erdgeschoss sind das Foyer für den Kultursaal und Flächen für Catering, Büro und Lager vorgesehen. Die Ober- und Dachgeschosse bleiben frei und können optional einer anderen öffentlichen Nutzung zugeführt werden. Würdigung durch die Jury: Die Jury kommt zum Schluss, dass durch die differenzierte Materialisierung der drei Baukörper «Kulturregal», «Kultursaal» und «Zeughaus» ein abwechslungsreiches Ensemble mit jeweils spezifischen räumlichen Qualitäten geschaffen wird. Die Idee, das neue Kulturzentrum aus möglichst einfachen infrastrukturähnlichen beziehungsweise an Gewerbebauten erinnernden Baukörpern zu bauen, scheint für die Aufgabe angemessen. Sie ermöglicht auch in der Weiterentwicklung und spezifischen Programmierung den nötigen Spielraum, um einen offenen, innovativen Ort für das kulturelle Arbeiten zu schaffen, der neue Impulse für die Stadt Uster gibt. Das Projekt besteht aus den 5 Teilprojekten Kultursaal, Kulturregal, Zeughaus K2, Kulturhof und der Parkierung. Die Teilprojekte sind in der Weisung detailliert umschrieben, ich verzichte auf eine Wiederholung.

Projektanpassungen und Entwicklungspotential: Für die Umsetzung hat die Jury diverse Anpassungen empfohlen:

- *Der Kulturhof soll mit mehr Grün so gestaltet werden, dass er auch in unbespieltem Zustand eine hohe Aufenthaltsqualität ausweist.*
- *Mit den vielen Aussenflächen und Terrassen weist das Projekt viel Sparpotential auf, welches sorgfältig geprüft werden muss.*

- Verbesserungspotenzial liegt bei der Anordnung der verschiedenen Gastronomieflächen und Einrichtungen.
- Der Nachhaltigkeit soll ein besonderer Stellenwert beigemessen werden. Dies betrifft insbesondere die Energieeffizienz, die Aussenraumgestaltung, Veloparkplätze und die Möglichkeiten für die Energiegewinnung auf den Neubauten.

Zu den Investitionen und den Betriebskosten: Der Gemeinderat hat mit der Verabschiedung der Weisung 102/2017 das Raumprogramm festgesetzt und die Investitionskosten zulasten der Stadt auf CHF 20 Mio. festgesetzt. Dies wurde als Zielgrösse ohne Land und Parkierung definiert. Da im Rahmen des Projektwettbewerbs der Kostenrahmen aufgrund einer Grobkostenschätzung nicht eingehalten werden konnte, erfolgte eine Verzichtplanung. Für die Verzichtplanung wurde eine zweite Grobkostenschätzung (+/- 25 %) erstellt. Dabei wurde das gesamte Bauprojekt in eine Basisvariante und verschiedene Zusatzmodule gegliedert.

Wichtig scheint die Aufstellung im Kapitel 6 der Weisung, die politische Art der Darstellung der Investitionskosten. Die Basisvariante entspricht einer optimierten Variante, bei der die Funktionalität der Räume gewährleistet ist, aber auf Ausstattungen im mittleren und oberen Segment verzichtet wird. Diese Basisvariante wird mit CHF 21 Mio. veranschlagt (ohne Parkierung). Das vorliegende Projekt berücksichtigt drei Zusatzmodule – Zusatzmodul Bühnentechnik Kultursaal, Zusatzmodul K2 und Zusatzmodul Innenausbau Gastronomie - und kommt somit auf CHF 23.5 Mio. (ohne Parkierung). Abzüglich der erwarteten Beteiligung durch den Lotteriefonds und Dritten liegen die Netto-Investitionskosten innerhalb der Zielvorgabe des Gemeinderates. Diese Beiträge durch Dritte sind noch nicht verbindlich.

Bei den künftigen Betriebskosten handelt es sich um Annäherungswerte. Sie werden im Rahmen der Projektierung detailliert, präzisiert und überprüft. Bei der Parkierung könnte ein jährlicher Aufwandüberschuss von CHF 340'000 entstehen, bei den Gebäuden CHF 840'000, und bei der Bewirtschaftung ein Betriebsergebnis von CHF 120'000.

Zum weiteren Vorgehen:

Wenn der Gemeinderat heute ja sagt zum Projektierungskredit von CHF 2'300'000 wird für das Vor- und Bauprojekt eine Baukommission eingesetzt. Im Sommer 2022 ist eine Volksabstimmung vorgesehen. Eine Fertigstellung des Bauprojekts wäre auf 2028 möglich.

Diskussion in der KBK: Die Kommission Bildung und Kultur hat an ihrer Sitzung 17. August und 7. September 2020 zusammen mit Stadtpräsidentin Barbara Thalmann und dem Abteilungsleiter Präsidiales, Christian Zwinggi, die Vorlage beraten. Folgende Themen wurden diskutiert:

- Gelder durch Dritte werden erst definitiv nach der Volksabstimmung gesprochen. Der Kanton habe grosses Interesse am Standort Uster, Uster kann zumindest mit einer Absichtserklärung rechnen. Eine Absichtserklärung genügt aber nicht, damit dieser vom Bruttokredit abgezogen werden darf.
- Zur Zusammensetzung der Baukommission: Die Baukommission setzt sich zusammen aus einer Vertretung der Stadt, aus Bauchfachleute, möglicherweise auch aus einer Vertretung der Nutzenseite.
- Ein Mitglied der Kommission erwähnte, dass ihm die Zusammenarbeit und das Finden von Gemeinsamkeiten bei den Kulturschaffenden fehle. In der Beantwortung wurde ausgeführt, dass es sicher kein «Jekami» geben wird. Einzelne Interessierte haben ihre Pläne dargelegt, wie sie sich die Bewirtschaftung vorstellen können. Ein Kino sei von verschiedenen Seiten als ein Bedürfnis eingebracht worden.
- Zeitlich schwierig könnte sein, dass das Kulturhaus Central und das Qtopia nicht bis zum Bezug der Gebäude auf dem Zeughausareal an ihrem jetzigen Standort an der Zentralstrasse bleiben können, da die Verträge früher auslaufen. Dieses Problem ist erkannt. Es wurde über Optionen nachgedacht, z. B. über eine zeitliche Etappierung oder um Provisorien. Für mögliche Zwischenlösungen sind im Investitionsprogramm CHF 1 Mio. Doch Provisorien sollten wenn möglich vermieden werden.
- Auf die Frage der Folgekosten wurde erläutert, dass nebst den neuen Folgekosten die Kosten für den Stadthofsaal wegfallen. Das Kulturbudget müsste aber voraussichtlich erhöht werden.
- Es wurde nochmals erwähnt, dass der Stadtrat die Basis-Variante vorschlage und
- es fand auch eine rege Diskussion über die Parkplätze statt: Einige Mitglieder fanden, dass das Areal sehr gut mit den ÖV erreichbar sei und es daher keine zusätzlichen Parkplätze brauche. Da braucht es vermutlich einen Kompromiss.

- *In der Diskussion zeigte sich, dass man bestrebt ist, den Kostenrahmen einzuhalten, man aber nicht bereits jetzt in der Planung auf Optionen verzichten will. Diese sollen separat ausgewiesen werden und dann ev. auch im Baukredit separat darüber abgestimmt werden.*

Anträge der KBK:

- *Der Antrag «Der Kredit wird der Urnenabstimmung unterbreitet» wurde so begründet, dass sich das Siegerprojekt nicht an den Kostenrahmen halte, und dass sich Zeughausplanung zu sehr von der ursprünglichen Vision entfernt habe. Es sei nicht mehr das Zeughaus für alle. Der Antrag wurde mit 6:3 Stimmen abgelehnt.*
- *Der Antrag «Die Zusatzkosten für einen Null-Energie-Standard werden im Baukredit separat ausgewiesen wurde mit 7:2 Stimmen angenommen.*
- *Der Antrag «Die Minderkosten für 40 statt 72 Parkplätze werden im Baukredit separat ausgewiesen» wurde mit 7:2 Stimmen angenommen.*

Die KBK hat der geänderten Weisung mit 7:2 Stimmen zugestimmt.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): *Die RPK hat die Weisung 63/2020 am 26. Oktober 2020 beraten. Dabei wurden die Anträge der KBK zur Kenntnis genommen. Aus der Diskussion der Kommission:*

- *Es wurde der Antrag gestellt, auf eine Parkgarage zu verzichten, resp. im Baukredit diese Variante separat auszuweisen. Im Gestaltungsplan wird vorgeschrieben, dass ein Mobilitätskonzept erstellt werden muss und die Rampe zur Parkgarage zusammen mit der ersten Etappe realisiert werden muss. Von daher war es für die RPK fraglich, ob überhaupt auf eine Parkgarage verzichtet werden kann. Dies müsste das zu erstellende Mobilitätskonzept aufzeigen. Bei Vorliegen des Baukredits müsste also abgeklärt sein, ob das Bauprojekt ohne Parkgarage bewilligungsfähig wäre.*
- *Es wurde die Frage nach einer Kooperation mit privaten Investoren gestellt. Christian Zwinggi führte dazu aus, dass es Investoren gibt, welche interessiert wären, die Überbauung im Westteil zu finanzieren. Allerdings wird es mit dem Ostteil des Areals – und um diesen Teil geht es beim Projektierungskredit – schwieriger. Die Stadt Uster hat sehr attraktive Kreditkonditionen. Die Eigenfinanzierung ist deshalb wesentlich günstiger als die Miete von einem privaten Investor, welcher den Bau des Kulturzentrums vorfinanzieren würde.*
- *Der Gemeinderat hat in einer früheren Phase festgelegt, dass die Investitionen für das Kulturzentrum nicht höher als 20 Mio. (ohne Parkierung) sein sollten. Nun wird der Bau ja etwas teurer und nur mit dem Beitrag aus dem Lotteriefonds würde ein Nettokredit von 20 Mio. erreicht resp. leicht unterschritten. War dies die ursprüngliche Absicht des Gemeinderats? Gemäss Christian Zwinggi hat man sich bei den 20 Mio. an den Baukosten des Kultur- und Kongresszentrums Thun orientiert. Man war der Meinung, dass die Stadt Uster selber maximal 20 Mio. investieren könne. Es ging also um einen Nettokredit.*
- *Es wurde – wie in der KBK – ein Antrag gestellt, den Projektierungskredit freiwillig der Urnenabstimmung zu unterstellen. Juristische Abklärungen des Stadtschreiber-Stellvertreters, Jörg Schweiter, und des Ratssekretärs, Daniel Reuter, haben ergeben, dass dies nicht möglich ist. Eine Urnenabstimmung müsste durch ein Volksreferendum (400 Unterschriften) oder ein Behördenreferendum (12 Gemeinderäte) herbeigeführt werden.*

In der RPK wurde über folgende Anträge abgestimmt:

- *Ein Rückweisungsantrag wurde mit 3:6 Stimmen abgelehnt.*
- *Dem Antrag der KBK „Die Zusatzkosten für einen Null-Energie-Standard werden im Baukredit separat ausgewiesen“ wurde mit 7:2 Stimmen zugestimmt.*
- *Der Antrag der KBK „Die Minderkosten für 40 statt 72 Parkplätze werden im Baukredit separat ausgewiesen“ wurde mit 7:2 Stimmen wie folgt geändert: „Die Machbarkeit und die Minderkosten für 0 oder 40 statt 72 Parkplätze werden im Baukredit unter Vorlage des Mobilitätskonzepts separat ausgewiesen“. Dem geänderten Antrage wurde mit ebenfalls 7 : 2 Stimmen zugestimmt.*

Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat mit 6:3 Stimmen, der geänderten Weisung zuzustimmen.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann nimmt Stellung: *Wir haben einen historischen Moment vor uns. Wir stehen vor einem nächsten wichtigen Schritt im Ustermer Generationenprojekt Zeughausareal. Wir befinden heute über den Projektierungskredit zum geplanten Kultur- und Begegnungszentrum. Seit über 15 Jahren wird über dieses Projekt bereits diskutiert, wir haben es gehört. Zwei Referenden wurden mit einer stattlichen Mehrheit von zwei Dritteln erfolgreich abgewendet. Das heisst, die Bevölkerung hat sich klar für den eingeschlagenen Weg ausgesprochen. Die Stadt hat das Areal zwischenzeitlich gekauft, es ist Leben auf dem Areal eingekehrt.*

„Partizipation“ auf dem Zeughausareal war von Anfang an ein zentrales Element, seit dem ersten Stadtentwicklungsgespräch 2005. Vertretungen aus Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft haben mit viel Engagement eine gemeinsame Vision erarbeitet. Das Areal soll zum Kristallisationspunkt für Usters Stadtleben und für die Zentrumsentwicklung werden. Das Zeughaus soll ein Ort für Kultur, Innovation, Begegnung und Dialog werden. Es soll für alle offen sein.

Das WFU sagt es in ihrer Medienmitteilung goldrichtig: «die ursprüngliche Vision eines «Zeughausareals für alle» ist weiterzuverfolgen. Das Siegerprojekt aus dem Architekturwettbewerb soll weitergeplant werden. Es hat das Potenzial, um aus dem Zeughausareal einen Begegnungsort für Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft mit Ausstrahlungskraft weit über die Stadtgrenzen hinaus zu machen.» Oder anders gesagt: Hier werden die Vereine ihre Anlässe feiern, Kulturevents stattfinden, die Bildungsinstitute ihre grossen Veranstaltungen durchführen und die Wirtschaft über Innovationen brüten.

Zudem ist das Zeughausareal ein zentrales Projekt der stadträtlichen Strategie 2030 und eines der grössten Schlüsselprojekte im Stadtentwicklungskonzept STEK.

Es gibt noch weitere Gründe für ein Ja:

1. Ersatz für Stadthofsaal und Central

Beide Gebäude sind im Herbst ihres Lebenszyklus und wurden in Erwartung des Umzugs aufs Zeughausareal nur minimal unterhalten. Beim Central läuft der Mietvertrag Ende 2021 aus. Möglicherweise kann er gemäss neusten Informationen noch um 1-2 Jahre verlängert werden. Ohne baldigen Neubau werden wir erneut ein teures Provisorium bauen müssen und den Stadthofsaal mit weiteren Sanierungsarbeiten am Leben erhalten.

2. Areal Stadthofsaal für neue Nutzungen öffnen

Mit dem Bezug des neuen Saals auf dem Zeughaus wird der Stadthofsaal obsolet. Das 2'400 m² grosse Areal kann neu für Arbeit, Bildung und Wohnen genutzt werden, so wie es in der Testplanung für das Ustermer Zentrum vorgesehen ist. Die Rochade zwischen Stadthof und Zeughaus ist aber auch aus finanziellen Überlegungen sinnvoll: Die öffentliche Nutzung kommt auf das «günstige» Zeughausareal, wo nur eine öffentliche Nutzung erlaubt ist, während die städtischen Fläche am Stadtpark so genutzt wird, dass sie der Stadtkasse Ertrag bringt, z.B über Baurechtszinsen.

3. Bildungs- und Wirtschaftsstandort stärken

Das Bildungszentrum Uster rechnet und hofft auf die Räume auf dem Zeughausareal. Dies weil bei dessen Neubau auf eine Aula verzichtet wurde. Zudem plant das WFU in Kooperation mit dem Bildungszentrum ein Robotik-Lab auf im Zeughaus K2. Die Initianten erhoffen sich aus der Begegnung von Kunst, Wirtschaft und Bildung fruchtbare Impulse, speziell für Projekte in den Bereichen Kreativwirtschaft, Robotik und Mobilität.

4. Gutes, finanziell optimiertes Projekt

Das vorliegende Projekt überzeugt durch eine hohe architektonische Qualität. Das renommierte Büro EM2N hat sich bisher sehr flexibel gezeigt und das Projekt zusammen mit uns finanziell so optimiert, dass der geforderte Richtwert von 20 Mio Franken erreicht werden konnte. Zudem hat der Kanton aus dem Lotteriefonds eine Beteiligung in Aussicht gestellt. Er hat immer wieder betont, wie wichtig überregionale Angebote auch ausserhalb der Stadt Zürich sind. Das Kultur- und Begegnungszentrum in Uster passt da perfekt, etwa ähnlich wie das Hallenbad ein wichtiger Leuchtturm für den Sport ist.

5. In die Zukunft Investieren

Gerade in Pandemie- und Krisen-Zeiten haben Investitionsprojekte eine positive Signalwirkung und fördern Visionen, Zuversicht und Entwicklungen. Dank der umsichtigen Finanzpolitik unseres Finanzvorstandes steht es um die städtischen Finanzen trotz Corona verhältnismässig gut.

Liebe Parlamentarier, liebe Parlamentarierinnen, ich bitte sie, der vorliegenden Weisung zuzustimmen. Ich danke Ihnen.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Die Weisung 63/2020 ist der nächste Schritt in einem der zentralsten Projekte für Uster. Das Zeughausareal hat eine lange Geschichte mit mehrfacher Zustimmung durch den Souverän. Fast ausnahmslos sprachen sich bisher die Parteien für die Entwicklung des Kulturzentrums an dieser Stelle aus. Das macht es natürlich nicht einfach, im laufenden Prozess den Mahnfinger zu heben. Vor allem, wenn vordergründig alle Bedingungen aus den bisherigen Entscheide eingehalten scheinen.*

Aber wenn sich die generellen Rahmenbedingungen so ändern, wie in den vergangenen Monaten passiert, muss Platz sein, auch solche Projekte zu hinterfragen. Die Corona-Krise wird Uster sicher über 10 Mio. kosten und wir werden im gleichen Zeitraum einige Investitionen in Infrastrukturen tätigen müssen, an denen wir nicht vorbeikommen. Und wir müssen uns klar sein, dass das Kultur- und Begegnungszentrum eine Nice-to-Have-Investition ist und wir für die Finanzierung kaum um eine Steuererhöhung herumkommen werden, was beim künftigen Baukredit zu thematisieren sein wird. Es stellt sich zudem die Frage, wann der richtige Zeitpunkt ist, um einen solchen Tanker in seinem Tempo oder seiner Richtung so zu steuern, um am Ende nicht auf den Eisberg zu treffen. In der FDP/CVP-Fraktion sind wir zum Schluss gekommen, dass der heutige Projektierungskredit genutzt werden soll, die Navigationskarten für den Gemeinderat weiter zu verfeinern. Aber wir möchten die aus unserer Sicht grössten Klippen sichtbar machen und bereits mit der Projektierung umschiffen können.

Die grossen Anstrengungen der Verwaltung und der Planer in Ehren, die Netto-Investitionskosten unter die vom Gemeinderat geforderten 20 Mio. zu bringen, jedoch ist der Stand des Irrtums naturgemäss zum heutigen Planungszeitpunkt mit +/- 30 % hoch. Ob der Ansatz, den Ausbaustandard zu verringern statt sich der harten Diskussion um das Raumprogramm zu stellen, richtig war, wird sich noch zeigen. Ich erinnere an dieser Stelle an die rosarote Brille aus meinem Votum zum Rückbau der Dreifachhalle. Daher ist es heute am Gemeinderat, die früher definierte Kostengrenze noch einmal klar zu kommunizieren. In diesem Sinne stellt die FDP/CVP-Fraktion den Antrag, die für die Stadt Uster anfallenden Kosten bei 20 Mio. zu deckeln.

Zudem erwarten wir zum Zeitpunkt der Diskussion um den Baukredit klare Aussagen zu den möglichen Drittmitteln resp. deren Wahrscheinlichkeit. Die Verwaltung hat dies in den Kommissionsdiskussionen in Aussicht gestellt. Mit dem klaren Auftrag sollen aber Aussagen wie in der Weisung zum Baukredit des Hallenbades, dass noch ein Namenssponsor für eine halbe Million gesucht werden soll, verhindert werden.

Nur mit diesen Vorgaben werden wir zum Zeitpunkt des Baukredites die Klarheit haben, um uns nicht auf ein finanzielles Abenteuer einzulassen. Wir danken für die Unterstützung unserer Anträge mit denen wir die bisherige Haltung des Gemeinderates auch für den nächsten Planungsschritt festhalten.

Zu den weiteren inhaltlichen Anträgen stellt sich die FDP/CVP-Fraktion grundsätzlich positiv. Die Modularisierung der Kosten ist aus unserer Sicht der richtige Weg. Einzig dem Antrag der RPK, auch die Minderkosten für 0 Parkplätze unter Vorlage eines Mobilitätskonzeptes auszuweisen, können wir nach Prüfung der Gestaltungsplanvorschriften nicht folgen. Diese legen fest, dass für das Baufeld Ost D eine Parkplatzpflicht und die Erstellung eines Parkhauses in der ersten Bauetappe vorgeschrieben sind. Ein Verzicht auf eine Tiefgarage für das KUZU könnte nur über eine Änderung des Gestaltungsplans erreicht werden. Diese wäre aber referendumsgefährdet und würde auch den vorgesehenen Zeitplan negativ beeinflussen. Daher sind wir der Meinung, dass diese zusätzliche Aufgabenstellung, die bereits bei der Projektierungsphase zu Mehrkosten führen würde, nicht gestellt werden sollte.

Eine Rückweisung des Geschäftes, um die Planung neu mit einem „BIM-Tool“ zu planen erachten wir als nicht sinnvoll, wird dieses Tool doch hauptsächlich für komplexe Bauvorhaben wie Spitalbauten oder Projekte von über 100 Mio. eingesetzt. Beides trifft auf das vorliegende Planvorhaben nicht zu.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Selten reicht die Vorgeschichte einer Vorlage so weit zurück. Am Stadtgespräch anno 2005 wurde die Grundlage für das Entwicklungskonzept «Zeughausareal Zentrum» gelegt. Darauf aufbauend entstand im Jahre 2008 der «Fünf-Phasen-Plan», der heute immer noch gültig wird. 12 Jahre später befinden wir uns immerhin in der letzten Phase des «Fünf-Phasen-Plans». In dieser langen Zeit wurden die Grundsätze der Nutzung des Zeughausareals extrem breit in vielen Gremien diskutiert und die vielfältigsten Sichtweisen und Interessen konnten eingebracht werden. Das Resultat ist inhaltlich sehr breit abgestützt.*

Demokratisch ist das Projekt ebenfalls sehr gut legitimiert, hat doch die Ustermer Stimmbevölkerung dem eingeschlagenen Weg im Jahre 2009 und 2016 deutlich zugestimmt.

Ebenfalls sehr selten ist eine Vorlage so langfristig ausgerichtet. Zwischen 2025 und 2028 soll das Zeughaus als neues Kultur- und Begegnungszentrum für alle bereit sein. Bis dahin ist aber noch ein weiterer Weg, und verschiedene Weichenstellungen sind noch möglich. Einmal realisiert, soll das Zeughausareal als kulturelles und gesellschaftliches Zentrum von Uster viele Jahre oder Jahrzehnte bestehen bleiben. Als Leuchtturmprojekt soll das Zeughausareal zu einem überregional bekannten Treffpunkt werden.

Heute stellen wir eine wichtige Weiche für dieses Leuchtturmprojekt. Es braucht Mut, in finanzknappen Zeiten viel Geld zu bewilligen. Diese Vorlage sollten wir im Lichte ihrer ausgesprochenen Langfristigkeit sehen und auch die immense Vorarbeit würdigen. Es ist eine Investition auch für folgende Generationen. Wir sind uns bewusst, dass auch negative Haltungen bestehen, insbesondere wegen den Kosten. Es ist auch ein wichtiges Anliegen der Mittefraktion, auf die Kosten zu achten. Dieses Leuchtturmprojekt kann aber Uster gestalten und weiterbringen. Daher möchten wir dazu aufrufen, das Projekt zu unterstützen. Das ist Signal für die Unterstützung durch den Kanton und Dritte, damit das Projekt trotz aktuell schwieriger finanzieller Lage tragbar bleibt.

Wir unterstützen den Projektierungskredit, inklusive die Änderungsanträge der KBK und der RPK.

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner** (SP): *Nachdem die Medien bei der Titelgebung für Herzkern aktiv gewesen sind, versuche ich es hier auch: Wie wäre es mit „Herzblut“? Zuerst muss ich einen kleinen Frust loswerden: Letzte Woche habe ich mich mit voller Begeisterung an das Referat zum Projektierungskredit gemacht. Und dann wurde ich von einer Veröffentlichung überrascht. Ich habe die Medienmitteilung gelesen und dachte: Das kann nicht sein. Das wollte ich auch schreiben. Kann er meine Gedanken lesen? Und nach ein paar Minuten dachte ich: einfach genial, das zeigt, dass dieses Projekt nicht ein polarisierendes Links-Mitte-Rechts Projekt ist, sondern es geht um Uster. Es geht um alle Menschen in Uster. Ich werde nicht aus dieser Medienmitteilung zitieren, wenn sie jemand nochmals nachlesen will, dann kann er das hier [QR-Code wird am Rednerpult sichtbar]. Heute Abend diskutieren wir über einen Projektierungskredit. Und obwohl es in Anführungszeichen nur ein Projektierungskredit ist, ist es eines der wichtigsten Geschäfte in dieser Legislatur. Warum denn? Wir sprechen doch nur von Gebäuden, und was diese Kosten sind, und natürlich über Parkplätze? Nein, dem ist nicht so. Wir sprechen heute über Uster. Wie wir ihn Uster leben wollen. Wo wir uns begegnen werden. Was uns das Wert ist.*

Ein Fraktionsmitglied von uns stellt dieses Projekt einen historisch grossen Kontext: Uster hat seit rund 1000 Jahren den Uster Märt, seit 200 Jahren stehen stattliche Spinnereien in Uster, seit 160 Jahren prägt die Eisenbahn das Ortsbild, seit 60 Jahren haben wir ein markantes Stadthaus. Und in spätestens 8 Jahren wird das Zeughaus nach 1940 zum zweiten Mal zum Leben erweckt, indem wir das Areal der Bevölkerung zurückgeben, und zwar mit einem Kultur- und Begegnungszentrum, nicht für einige wenige, sondern für alle. Zurecht kann man sagen: «Hier entsteht Grosses». Für uns ist und bleibt es eine Herzensangelegenheit.

Mit dem Ja zum Projektierungskredit sagen wir Ja zu einem neuen Element der Ustermer Identität, Wir sagen zum wiederholten Mal ja zu einem Vorhaben, an dem alle Freude haben werden. Jugendlichen, die schon heute das Zeughausareal für sich entdecken, Musikliebhabende, die Konzerte jeglicher Stilrichtung, von Kleinformationen, Bigbands oder der Stadtmusik in einem zweckmässigen Saal oder auch draussen als Open-air-Konzerts geniessen, Kinobesucherinnen und Kinobesucher, die Gruppe Seniorinnen und Senioren, die auf dem Zeughausplatz ihren Jassnachmittag verbringen, Kunstinteressierten, die neues Schaffen in Ausstellungsräumen mit Charme geniessen.

Zu einigen Punkten möchten wir speziell Stellung nehmen:

- **Kultur- und Begegnungszentrum:**
Diese Antrag unterstreicht weiterhin die Zielvorstellungen aus dem Leitbild Zeughausareal: «Das Zeughausareal ist ein Kristallisationspunkt für Usters Stadtleben und die Zentrumsentwicklung. Es schafft Möglichkeiten für Kultur, Innovation, Begegnung und Dialog. Für ein vielfältiges Publikum stellt es Räume und Infrastruktur zur Verfügung». Das sagt auch treffend der wfu: «Uster wird mit dem neuen Kultur- und Begegnungszentrum als Regionalzentrum und Kulturstadt an Ausstrahlungskraft gewinnen».
Das Areal und die Infrastruktur werden vielfältig genutzt werden: Nebst der Kultur für die Musik-Bildung, für Vereine, für Innovationen und Anlässe der Wirtschaft, für das naheliegende Bildungszentrum, für gastronomische Bedürfnisse, und für Begegnungen aller Art. Dafür sind auch die nötigen Freiräume vorgesehen. Ein Treffpunkt für Jung und Alt, für alle. Einen ersten Eindruck haben wir diese Sommer bekommen: Die Ustermer Bevölkerung hat sich das Areal langsam, vorsichtig angeeignet. Es haben spontane Begegnungen und Anlässe stattgefunden. In einer Umgebung, die zu verschiedensten Begegnungen animiert.
- *Das vorliegende Projekt entspricht den Rahmenbedingungen der Weisung 102/2017: Das Raumprogramm ist am 22. Januar 2018 durch den Gemeinderat festgelegt worden. Wir haben damals beschlossen, das Raumprogramm zu redimensionieren, damit der Kostenrahmen von CHF 20 Mio. eingehalten wird. Wie die SVP darauf kommt, dass sich das Projekt zu sehr von der ursprünglichen Vision entfernt hat, ist uns schleierhaft. Es ist immer noch genau das gleiche Projekt wie 2018, welches mit 30:3 Stimmen angenommen wurde. Ich zitiere aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 22. Januar 2018: «Partizipation zum Thema Zeughausareal war von Anfang an ein zentrales Element. Die Aufforderung auf Mitwirkung, auf Mitsprache haben wir seit 2005 konsequent umgesetzt. Die Weisung ist in einem partizipativen Prozess erarbeitet worden: Vertreter aus Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft – auch aktuelle und künftige Mieter – haben zusammen mit externen Experten und viel Engagement für eine gemeinsame Lösung gearbeitet. Das Resultat ist wegweisend. Ich möchte an dieser Stelle an Vertrauen, Mut und Zuversicht von Ihnen allen appellieren. Ohne diese Grundlage kann ein solch komplexes Projekt nicht realisiert werden. Wir brauchen weiterhin Gemeinsamkeiten! Wir brauchen auch Ideen, Utopie, Kreativität und vor allem die Bereitschaft sich einzubringen, intern und extern – also alle. ». Ich habe die Worte des damaligen Stadtpräsidenten Werner Egli zitiert. (...)*

Ratspräsidentin **Karin Niedermann (SP)** stellt fest, dass die Redezeit gleich abgelaufen sein wird und bittet um Abschluss. (...) **Markus Wanner (SP)**:

- **Finanzielle Situation:**
Es gibt nie «den» idealen Zeitpunkt für grössere Investitionen. Was in 8 Jahren ist, weiss noch niemand. Es hilft etwas dabei, dass zumindest die grossen Bauprojekte zeitlich gut gestaffelt waren: Der Neubau des Hallenbads, das Verwaltungsgebäude Stadthaus West, das Schulhaus Krämeracker, und nun das Begegnungszentrum Zeughausareal. Jedes dieser Projekte löste auch jährliche Betriebskosten aus. Das kann sich Uster leisten. Man darf aber sicher auch über die Finanzierung nachdenken, da sind wir offen. Der Stadtrat hat ein Projekt ausgewählt, das zu Uster passt und das wir uns leisten sollten und können. Mit voller Überzeugung stimmt die SP-Fraktion der Weisung mit den Anträgen der KBK und der RPK zu.

Paul Stopper (BPU): *In all den Jahren, in welchen ich mich mit diesem Saal befasst habe, konnte noch niemand erklären, was an diesem Saal falsch oder untauglich sein soll. Nicht einmal der Kulturbeauftragte der Stadt Uster.*

Ich halte jetzt eine flammende Rede zugunsten des Stadthofsaal, des perfekt gelegenes «Kultur und Begegnungszentrum» in Uster!

In der Homepage des stadteigenen Stadthofsaales ist zu lesen: «Der Stadthofsaal befindet sich mitten im Zentrum von Uster. Vom Bahnhof aus erreichen Sie ihn zu Fuss in fünf Minuten. Falls Sie den Anlass mit dem Auto besuchen, so stehen in unmittelbarer Nähe (maximal fünf Gehminuten) zwei Parkhäuser und verschiedene kostenpflichtige Parkplätze zur Verfügung.»

Das sagt eigentlich alles aus.

- Die zentrale Lage, trägt zu der dringend nötigen Belegung des darniederliegenden, ärmlichen und schäbigen Zentrums von Uster bei.
- Er ist genau so gross, dass er für den Grossteil der Veranstaltungen genügt.
- Für Konzerte eignet sich im Übrigen auch die Reformierte Kirche.
- Noch vor nicht allzu langer Zeit schwärmten die (damaligen) Stadträte von der einmaligen Umgebung des Stadthofsaales mit dem Stadtpark, der «Unteren Farb» und dem «deckten Brüggli». Diese einmalige Lage war ein Mega-Argument der damaligen Stadträte, an diesem Ort zusammen mit der Landihalle ein Kongresszentrum zu bauen. Das soll heute alles nicht mehr gelten? Wie kurzlebig ist doch unsere Zeit!
- Es sind genügend Parkplätze in unmittelbarer Nähe vorhanden (Einkaufszentren mit der idealtypen und wirtschaftlichsten Doppelnutzung: Am Tag für den Einkauf, am Abend für den Besuch von Veranstaltungen im Stadthofsaal).

Verbesserungsmöglichkeiten für den Stadthofsaal: Also müssen wir doch die Frage stellen, wie kann man den Stadthof saal verbessern. Darunter sind folgende Bereiche zu nennen (die sind zwar hinreichend bekannt, müssen aber offenbar immer wieder aufgezählt werden): 1. Eingangsbereich Theaterstrasse: Jedermann weiss, dass der Eingang ziemlich dämlich aussieht. 2. Garderobe und Foyer: Zu klein, kann aber aufgestockt werden. 3. Bühne kann problemlos erweitert werden. 4. Kleine Säle können ebenfalls eingebaut werden. Allenfalls mit einer Aufstockung über dem Foyer oder gegen die Zürichstrasse. 5. Eventuell bessere Isolation der Aussenwände. Usw. usf. Kommen Sie jetzt nur nicht mit dem Argument, der Stadthof sei unter Denkmalschutz. Das ist ein einfältiger und banaler Zweckbau aus den 50-er Jahren, der problemlos um- und angebaut sowie aufgestockt werden kann, z. B. über dem Foyer.

Zur Parkplatzfrage (die scheint nun doch endlich aktuell zu sein)

Im privaten Gestaltungsplan «Zeughaus-Areal» vom Juni 2016 heisst es in Art. 11 lit. i:

«Die maximal 240 im öffentlichen Parkhaus nachgewiesenen Abstellplätze setzen sich je zu einem Drittel zusammen aus:

- Ersatz der heute bereits bestehenden bewirtschafteten auf dem Parkplatz Schlüssel
- Abstellplätze für die vorgesehenen Neubauten
- Abstellplätze für im Zentrum aufzuhebende oberirdische Abstellplätze.»

Ohne neue Parkplätze kommt man also nicht aus. Der RPK-Kommissionsantrag, «dass auch der Zustand für 0 oder 40 statt 72 Parkplätze» ausgewiesen werden soll, ist deshalb obsolet. Null Parkplätze wird es nicht geben. Das müssen die Grün-Roten nun endlich einsehen. Sie haben ja – im Gegensatz zu mir – mit Freuden dem Gestaltungsplan zugestimmt!

Zu den Parkplatzkosten (sog. Einstellhalle), und zwar Parkierung inkl. Erschliessungsbau (aus der Weisung):

	Kosten	Kosten pro PP
Grundmodul 40 PP	5'717'500	142'937
Zusatzmodul Parkierung (+32 PP = 72 PP gesamt)	1'383'900	43'246
Gesamtkosten	7'101'400	98'630

Gemäss Gestaltungsplan erfolgt die Strassen-Erschliessung von der Berchtold-, Zürich- und der Südstrasse sowie von der Zeughausgasse her. Wollt ihr dann mitten durch das heute noch freie Zeughausareal zum Parkhaus fahren? Was, wenn die Überbauung auf dem Westteil nicht kommt? Beahlt dann die Stadt die ganze Erschliessung? Fragen über Fragen.

Werden Platanen auf dem Schlüsselplatz gefällt? Aus den Plänen ist ersichtlich, dass der Wellnesstempel weit in den bestehenden Baumbestand des Schlüsselparkplatzes reicht. Mindestens drei bis vier der wunderschönen Plänen der zweiten Reihe müssten gefällt werden (für Baugrube resp. den Bau). Da wehre ich mich dagegen. Zumal der Stadtrat ja vor nicht einmal einen halben Jahr stolz verkündet hat, die Ustermer Stadtbäume würden geschützt. (Heiterkeit im Saal)

Zur Finanzlage der Stadt Uster: Ich glaube, die Mehrheit der Gemeinderäte hat den Ernst der Lage hinsichtlich Stadtfinanzen nicht ganz begriffen: Corona mit Mindereinnahmen, Steigung der Sozialausgaben, etc. Da haben wir doch kein Geld für einen zum vorneherein immer defizitären Wellnesstempel.

Abholzung des Hardwaldes zur Finanzierung des Wunschtempels: Ich erinnere daran, dass die SP-Fraktion einmal glaubte, sie könne den Wunschtempel auf dem Zeughaus-Areal mit den Einnahmen der Kiesausbeutung durch Rodung des Hardwaldes in Nänikon finanzieren (30 Mio. Fr.). Dieser Wunsch hat sich glücklicherweise in Luft aufgelöst. Im Gemeinderat wird offenbar aber weiterhin so gedacht, wie wenn gar nichts passiert wäre. (...)

Ratspräsidentin **Karin Niedermann (SP)** stellt fest, dass die Redezeit gleich abgelaufen sein wird und bittet um Abschluss. (...) **Paul Stopper (BPU)**:

Verscherbeln des Stadthofsaal-Areals: So einfältig die Idee der Finanzierung des Neubaus auf Kosten unseres Waldes war, so unverständlich ist die Hoffnung, mit dem Erlös des Stadthofsaal-Areals könne der Tempel mitfinanziert werden. Ein Teil des Gemeinderates will das Stadthofsaal-Areals der Bildung zuführen. Ja, wer bezahlt dann die Bildung? Der Staat und das sind ja wieder wir als Steuerzahler.

Uster hat wichtigere Probleme: In der nahen Zukunft haben wir in Uster weit wichtigere Probleme zu lösen als einen Wunschtempel, so z. B. Barrierenprobleme im Zusammenhang mit Doppelspurausbau Uster – Aathal (Ersatzbauwerke) etc.

Ich bitte sie, den Kreditantrag abzulehnen. Wenn er trotzdem durchkommt, dann ist er der Volksabstimmung zu unterbreiten (dazu benötigt es die Zustimmung von 12 Ratsmitgliedern).

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei (Grüne)**: *Wir Grünen wollen, dass es im Zeughaus endlich vorwärtsgeht. Wir wollen, dass es zum kulturellen Zentrum der Stadt wird. Dass es sich mit Leben füllt und die Bewohnerinnen und Bewohner sich dort treffen und verweilen können. Und wenn das Zeughaus schon nicht das Herz der Stadt sein darf – denn dafür ist ja gemäss der heute behandelten Weisung 66 das Gewerbe zuständig – dann doch wenigstens die Halsschlagader oder die Bauchorta!*

Wir Grünen wünschen uns dieses Kulturzentrum. Aber erste Priorität geniessen für uns in den nächsten Jahren etwa die Massnahmen zum Klimaschutz und zur Förderung der Biodiversität. Wenn das Geld reicht, dann wollen wir auch das Zeughaus möglichst rasch. Wenn es nicht reicht, müssen wir schauen, wie das Projekt sinnvoll etappiert werden kann. Vom Baukredit erwarten wir dazu mehr Klarheit bezüglich allfälliger Mehrkosten.

Dass es mit dem Neubau auf dem Zeughausareal plötzlich dermassen eilt, dafür müssen sich die Bürgerlichen selber an der Nase nehmen: Hätten nämlich alt-Stadtpräsident Werner Egli und Co. das Central gekauft statt da für teures Geld ein Kulturprovisorium einzurichten, wären wir nun nicht dermassen unter Zeitdruck und könnten unsere Ausgaben besser priorisieren.

Was wir Grünen wollen, ist ein tatsächliches Kulturzentrum und nicht ein «Parkhaus mit integrierter Kulturgarderobe». Mit anderen Worten: es geht doch nicht, dass wir wie ein Heftlimacher überall auf die Kosten achten und sparen, um den Kostenrahmen von 20 Millionen Franken einzuhalten – und dann Millionen für den Bau des Parkhauses „verlochen“. Das Parkhaus würde nochmals einen Drittel der Investitionskosten des restlichen Zeughauses bedingen. Und bei den Betriebskosten wäre der Anteil ebenso hoch.

Es kann doch nicht sein, dass die öffentliche Hand jedes Jahr mit 300'000 Franken den motorisierten Individualverkehr subventioniert?! In einer Zeit, in der alle Welt vom Klimaschutz spricht. Vor ein paar Monaten noch haben wir in diesem Saal das Ende des fossilen Zeitalters für Uster beschlossen. Und jetzt sollen wir die Nutzung von Verbrennungsmotor wieder auf Jahrzehnte hinaus zementieren und fördern? Das macht keinen Sinn! Zumal kaum Bedarf für Parkplätze besteht: Das Zeughaus ist gemäss Google-Maps in 6 Minuten Gehdistanz vom Bahnhof aus zu erreichen. Es gibt sogar eine Bushaltestelle am Nashornkreisel. Und wer trotzdem mit dem Auto anreisen muss, kann sein Fahrzeug im Parkhaus des Einkaufszentrums Illuster oder der geplanten Überbauung auf dem Gerichtsplatz einstellen. Deshalb verlangen wir Grünen, dass bei der Projektierung mit einem Mobilitätskonzept aufgezeigt werden soll, wie ein Kulturzentrum Zeughaus ohne Parkhaus funktionieren kann. Das man dies abklärt, können auch Bürgerliche kaum etwas dagegen haben. Schliesslich lassen sich so enorme Kosten sparen.

Ein Kulturzentrum ohne Parkhaus ist aus rechtlicher Sicht kein Problem: Es gibt keine gesetzlichen Vorschriften, die für ein Kulturzentrum Parkierungen verlangen würden. Und auch der Gestaltungsplan macht keine Vorgaben zur Mindestzahl von Parkplätzen – sondern lediglich zur Obergrenze.

Die Änderungsanträge der FDP unterstützen wir nicht, aber wir teilen die Ansicht, dass sich die Stadt weiteren Geldgebern nicht verschliessen sollte, wie es übrigens auch im Kulturkonzept steht. Die aktuelle Obstruktionspolitik der SVP goutieren wir in keiner Weise: Vielleicht erklärt sie uns, weshalb es für ein angepasstes Planungsverfahren einen Rückweisungsantrag braucht? Wir Grünen hoffen auf einen breiten Konsens für das Kulturzentrum Zeughaus. Schliesslich geht es hier um das neue Schmuckstück unserer Stadt, auf das wir stolz sein dürfen. Und wo unsere Stadt pulsiert!

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP), wozu er **Verlängerung der Redezeit beantragt, die vom Gemeinderat mit 15:12 Stimmen genehmigt wird:** *Die SVP/EDU-Fraktion hat sich in der Vergangenheit immer für das Begegnungszentrum auf dem Zeughausareal ausgesprochen und eingesetzt. Wir folgten der Vision eines sympathischen und lässigen Zentrums für alle. Ein Ort im Zeichen der Kultur, aber dennoch ein Ort, an dem sich alle wohlfühlen, und vor allem, der allen das Gefühl gibt, willkommen zu sein. Umso mehr ärgert es uns, dass uns die aktuelle Aura des Kultur-Zeughauses Bauchschmerzen bereitet. Es ist schwierig, dies in treffende Worte zu fassen. Aber die ganzen Umstände und Vorkommnisse in der letzten Zeit stimmen uns nicht zuversichtlich. Ein erstes, mulmiges Gefühl kam im Partizipationsprozess auf. Eigentlich sollten sich ja alle Anspruchsgruppen gleichwertig einbringen können. Aber die Kulturszene trat so auf, als ob das Zeughaus nur ihr gehöre und alle anderen bestenfalls geduldet sind. Und dieser negative rote Faden hat sich bis heute durchgezogen. Wir haben früher immer vom Zeughausareal gesprochen. Und auf einmal fand sich überall nur noch die Terminologie «Kultur-Zeughaus». Und am Zeughaus selber wurde die Beschriftung ergänzt. Ich mag mich nicht erinnern, dass wir uns irgendwann auf diesen Namen geeinigt haben. Weiter ging's mit dem Wettbewerb, der den finanziellen Rahmen je nach Sichtweise sprengte oder gleich ignorierte. Hauptsache, das Wunschprogramm der Kulturszene wird erfüllt. Und dann war da die Geschichte mit den Museen: Sture Böcke mit rostigen Maschinen sollen raus, und die Militärgrinde mit dem alten Karsumpel ebenfalls. Sicherlich ist auf Seiten der Vereine auch nicht alles rund gelaufen, aber für uns festigt sich dadurch das Bild, dass nur der elitäre Kulturzirkel auf dem Areal genehm ist. Und wer mit dem Auto kommen will oder muss, ist schon grad gar nicht erwünscht. Für uns stimmt das Gesamtbild so nicht mehr und der Brief des WFU hat gezeigt, dass wir nicht alleine sind. Die Stadt muss das Ruder jetzt herumreissen. Sonst kann ich Ihnen garantieren, dass das Stimmvolk den Baukredit hochkant verwirft. Den Baukredit nämlich, der mit Sicherheit weit über jeder einmal besprochenen Limite liegen wird. Das kann ich Ihnen jetzt schon prophezeihen. Eigentlich ist das Bauprojekt klar auf 20 Millionen Anteil der Stadt begrenzt. Nachdem die Wettbewerbsprojekte haushoch überschossen haben, wurden nun mit Abstrichen, späteren Ausbauten und kreativen Argumenten die Kosten angeblich gedrückt. Wir sind aber überzeugt, dass das Projekt mit dieser Ausgangslage die 20 Millionen für die Stadt niemals einhalten kann. Das Kulturzentrum wird zum Fass ohne Boden. Und dazu kommt die Corona-Situation, die Vielen und Vielem einen Strich durch die Rechnung gemacht hat und auch die Rechnung der Stadt Uster nicht verschont hat. Die finanziellen Auswirkungen bis zum definitiven Ende der Pandemie sind nicht abschätzbar und reissen vermutlich auch in den nächsten Jahren ein riesiges Loch in unseren Haushalt. Wir müssen leider feststellen, dass die geplanten Investitionen zur Zeit nicht finanzierbar sind. Das hat der Stadtrat bei der Erstellung der heutigen Weisung offensichtlich auch bemerkt und hat die zukünftigen Kosten für das Begegnungszentrum aus unserer Sicht sehr optimistisch dargelegt. Bei Bedarf werden ständig die möglichen Drittmittel abgezogen, obwohl diese noch nicht zugesichert sind oder sonst irgendwie feststehen. So werden mit den Argumenten eines Nettokredites die Zahlen schon fast beschönigend dargestellt. Solange die Drittmittel nicht feststehen, ist eine solche Darstellung eigentlich unzulässig. Ein schlüssiges Finanzierungskonzept fehlt. Schlussendlich bleibt noch der Vergleich mit dem Stadthofsaal und dem Central. Auch dort wurde unseres Erachtens sehr einseitig nach günstigen Zahlen gesucht und unbestätigte Vergleiche gezogen. Und wieso kostet der Betrieb des Zeughausareals mit ähnlichen Räumen wie beim Stadthofsaal und beim Central dennoch doppelt so viel?*

Wo der Stadtrat aber sicher jeden möglichen Franken addiert hat, ist bei der Parkierung. Der Stadtrat hätte auch gleich schreiben können, dass er keine Parkplätze will.

Wir stellen also fest, dass aus unserer Sicht bei den zukünftigen Kosten recht kreative Darstellungen gemacht wurden. Was mich zu den 2.3 Millionen des Projektierungskredits bringt. Gerade noch unter 2.5 Millionen. Der Verdacht liegt auf der Hand, dass an den Planungskosten so lange geschraubt wurde, bis eine Summe innerhalb der Parlamentskompetenz herauskam. Das Hasenbühl lässt grüssen.

Aber sollten wir nicht lieber schon jetzt das Volk zum ganzen Projekt befragen? Ob wir noch auf dem richtigen Weg sind. Ist das das Zeughausareal, dass wir uns alle gewünscht haben? Ist es das Zeughausareal, dass sich die ganze Bevölkerung wünscht?

Wir denken, dass man das Volk eigentlich schon jetzt dazu befragen sollte. Nicht zuerst zweieinhalb Millionen für eine Planung ausgeben, die vielleicht in eine völlig falsche Richtung geht und wir nach einer negativen Volksabstimmung zum Hauptkredit vor einer Planungsleiche und einem Scherbenhaufen stehen.

Auch muss für uns die ganze Projektierung und Ausführung mit dem Building Information Modeling BIM erfolgen.

Für ein so grosses Projekt, dass sich ja noch für Jahre in der Entwicklung und im Bau befinden wird, ist es unablässig, dass das ganze Grundgerüst für alle Beteiligten digital und standardisiert zur Verfügung steht. Die Planung wird dadurch zwar etwas teurer, dafür können mit den verfügbaren Informationen für alle zukünftig involvierten Parteien verlässliche Angaben und Kostenberechnungen gemacht werden. Das wiederum schlägt sich in günstigeren Ausführungen ohne böse Überraschungen nieder.

Die Stadt Uster sollte in unseren Augen in Zukunft bei Bauprojekten über 5 Millionen grundsätzlich auf das BIM setzen. Nicht zuletzt auch, weil der Gemeinderat die Leistungsmotion zur Open-Government-Data-Strategie unterstützt und ein deutliches Zeichen in diese Richtung gesendet hat. Was ist nun das Fazit für unsere Fraktion?

Wir wollen das Begegnungszentrum auf dem Zeughausareal ebenfalls. Aber wir können es uns zur Zeit einfach nicht leisten und das Bild des «Zeughauses für alle» ist aus dem Rahmen gefallen.

Aus diesem Grunde stelle ich hiermit den Ordnungsantrag auf Rückweisung der Vorlage mit den vier Hausaufgaben: 1. Straffung der Finanzen und Erstellung eines klaren Finanzierungskonzepts, 2. Implementierung der Philosophie des Zeughauses für alle, 3. Projektierung mit BIM und 4. Neuvorlage, wenn sich die Finanzsituation der Stadt nachhaltig gebessert hat

Abstimmung über den Rückweisungsantrag

Markus Ehrensperger (SVP) beantragt Rückweisung an den Stadtrat mit den oben genannten Aufgaben.

Der Rückweisungsantrag wird mit 10:24 Stimmen abgelehnt .

Detailabstimmungen

Die Kommission für Bildung und Kultur beantragt folgende Änderungen im Dispositiv (Ergänzungen unterstrichen: Ziffer 2 neu und Ziffer 3 neu):

1. Für den Bau des Kultur- und Begegnungszentrums auf dem Zeughausareal an der Berchtoldstrasse 10 wird ein Projektierungskredit von 2'300'000 Franken inkl. MWST bewilligt.
2. Die Zusatzkosten für einen Null-Energie-Standard werden im Baukredit separat ausgewiesen.
3. Die Minderkosten für 40 statt 72 Parkplätze werden im Baukredit separat ausgewiesen.
4. Mitteilung an den Stadtrat.

Der Antrag der KBK zu Ziffer 2 wird mit 24:9 Stimmen angenommen.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt folgende Änderungen von Ziffer 3 (neu) im Antrag der Kommission Bildung und Kultur vom 7. September 2020 (Änderungen unterstrichen):

Die Machbarkeit und die Minderkosten für 0 oder 40 statt 72 Parkplätze werden im Baukredit unter Vorlage des Mobilitätskonzepts separat ausgewiesen.

Die Anträge der KBK und RPK zu Ziffer 3 werden einander gegenübergestellt.

Der Antrag der RPK wird mit 18:13 Stimmen angenommen.

Damit ist eine allfällige Ziffer 3 Dispositiv bereinigt worden.

Der Antrag der RPK wird mit 18:16 Stimmen angenommen.

Nachdem eine Unsicherheit im Rat entstanden ist, insbesondere was die „Machbarkeit“ und das „Mobilitätskonzept“ betrifft, wird diese Abstimmung wiederholt.

Der Antrag der RPK wird mit 18:16 Stimmen angenommen.

Die FDP/CVP-Fraktion beantragt folgende Ziffer 4 (neu):

Der Stadtrat wird beauftragt ein Finanzierungskonzept auszuarbeiten, in dem aufgezeigt wird, welche Beiträge Dritter an die Projektkosten beigebracht werden können. Die Sicherheit der einzelnen Beiträge ist auszuweisen.

Der Antrag der FDP/CVP-Fraktion wird mit 27:1 Stimmen angenommen.

Die FDP/CVP-Fraktion beantragt folgende Ziffer 5 (neu):

Die Investitionskosten für das Kultur- und Begegnungszentrum, welche auf die Stadt Uster entfallen, werden auf maximal CHF 20 Mio. (exkl. Parkierung) beschränkt.

Der Antrag der FDP/CVP-Fraktion wird mit 15:18 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 19:10 Stimmen:

- 1. Für den Bau des Kultur- und Begegnungszentrums auf dem Zeughausareal an der Berchtoldstrasse 10 wird ein Projektierungskredit von 2'300'000 Franken inkl. MwSt. bewilligt.**
- 2. Die Zusatzkosten für einen Nullenergie-Standard werden im Baukredit separat ausgewiesen.**
- 3. Die Machbarkeit und die Minderkosten für 0 oder 40 statt 72 Parkplätze werden im Baukredit unter Vorlage des Mobilitätskonzepts separat ausgewiesen.**
- 4. Der Stadtrat wird beauftragt ein Finanzierungskonzept auszuarbeiten, in dem aufgezeigt wird, welche Beiträge Dritter an die Projektkosten beigebracht werden können. Die Sicherheit der einzelnen Beiträge ist auszuweisen.**
- 5. Mitteilung an den Stadtrat.**

9 Postulat 587/2020 von Balthasar Thalmann (SP): Zukunft für die Ustermer Geschichte

Von Balthasar Thalmann (SP) ist am 6. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Geschichtsschreibung von Uster aktualisiert, in geeigneter Art und Weise aufbereitet, laufend à jour gehalten sowie der Fachwelt und der Bevölkerung zugänglich gemacht werden kann.

Begründung

«Verstädtertes Dorf», «Bedeutender Industrieort des 19. Jahrhunderts mit zwei historischen Siedlungskernen: Kirchuster am Fuss des Burghügels und Oberuster im Osten am Aabach. Eindrückliches Industrie-Ensemble reihen sich am Bachlauf. Gründerzeitliches Bahnquartier mit hohen räumlichen Qualitäten.» Mit diesen Stichworten wird Uster im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz beschrieben; präzise aber bei weitem nicht vollständig. Das Standardwerk der Ustermer Geschichte ist das 1964 erschienene Werk «Geschichte der Gemeinde Uster» von Paul Kläui; es gilt heute aber weder als aktuell noch vollständig. Seither erschienen weitere Werke zu einzelnen historischen Themen. All diese Werke haben grossen Wert. Seit Ende des letzten Jahres wurde gestützt auf diese Grundlagen der Internet-Auftritt der Stadt Uster aktualisiert. In 22 Kapiteln wird die Ustermer Geschichte dargestellt. Eine gelungene Sache. Es scheint allerdings, dass in der Gesamtheit die Geschichte Usters – insbesondere auch sozialgeschichtliche Aspekte – lückenhaft und teilweise auch nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechend beschrieben wird. Dieser Mangel soll in geeigneter Art und Weise behoben werden. Denn Uster hat Geschichte und lebt von seiner Geschichte. Und die Kenntnisse von und die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist ein Urbedürfnis unserer Kulturkreise. Oder wie jeweils gesagt wird: wie sollen wir die Zukunft gestalten, wenn wir die Vergangenheit nicht kennen? Wie wohl wird in 50 Jahren die derzeitige Corona-Situation gesehen? Ob dies in einem neuen Standardwerk im Hinblick auf die 1250-Jahr-Feier im 2025 mündet, in aktualisierten Aufsätzen auf Wikipedia, in einer systematischen Aufsatzsammlung oder wie auch immer, kann offen bleiben. Klar ist: die Ustermer Geschichte hat grosses Potenzial, das Ustermer Kulturleben zu beleben. Ebenso klar ist, dass eine solche Aktualisierung – soll sie tatsächlich wissenschaftlichen Ansprüchen genügen – aufwändig sein kann. Die LG Stadtarchiv leistet trotz der minimalen Ressourcen tolle Arbeit, die allerdings die Mängel - angefangen bei den x hundert Meter unverzeichneter Bestände - kaum beheben kann. Umso mehr ist es wichtig, dass ein eigentliches Konzept und ein Vorgehensplan für die Zukunft der Ustermer Geschichte besteht.

Balthasar Thalmann (SP) begründet das Postulat: *Uster hat Geschichte und Uster lebt von seiner Geschichte. Eine Tatsache, die wir als Bewohnerinnen und Bewohner tagtäglich spüren können. An einem Ort zu wohnen, der Geschichte hat, ist ein Stück Lebensqualität; wie stark man sich mit dem eigenen Lebensumfeld identifiziert ist auch abhängig davon, wie gut man die Geschichte kennt. Die Ustermer Geschichte und wie wir damit umgehen beschäftigte auch Ustertag-Vorrednerinnen. Deborah Bernhard begann 2015 wie folgt: «Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen. Wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten.» Aufbaue auf diesem Zitat von Helmut Kohl forderte sie, dass Geschichte einen grösseren Stellenwert in der Bildung erhält.*

Und Petra Bättig schildert auf der Homepage ihrer Partei ihr «Schockerlebnis» im Hinblick auf ihre Vorrede 2017 wie folgt: «Als Vorrednerin wollte ich die Geschichte des Ustertags aus der Perspektive einer damals anwesenden Frau schildern. Nur – leider habe ich in den Quellen im Archiv, den offiziellen Berichten, Briefen und Zeitungsartikeln nichts über irgendeine beteiligte Frau gefunden. Gar nichts. Natürlich war mir klar, dass die Frauen damals eine andere Rolle hatten, als wir heute. Aber dass sich 10'000 Menschen vor der Kirche in Uster treffen und da keine einzige Frau anwesend sein soll – das kann ich immer noch kaum glauben.»

Ich glaube, wir sind gut bedient, wenn wir dem Umgang mit unserer Geschichte die nötige Aufmerksamkeit schenken. Und ich glaube, dass diese Aufmerksamkeit heute noch zu klein ist. Weder aus den Leistungsaufträgen noch aus dem neusten Kulturkonzept lässt sich ableiten, wie die Ustermer Geschichte à jour gehalten und zugänglich gemacht werden kann. Ich vermute, das ist eine Lücke, die es zu schliessen gilt.

Wie diese geschlossen werden kann, ist offen. Mit diesem Postulat fordere ich den Stadtrat auf, genau das darzulegen. Es freut mich, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und bin gespannt auf seine Auslege-Ordnung.

Ich bin überzeugt, dass die Ustermer Geschichte viel Potenzial hat, das heute noch brachliegt. Ich bin überzeugt, dass die Ustermer Geschichte einen grösseren Stellenwert in unserem kulturellen Leben einnehmen kann. Dieser Teil des kulturellen Lebens ist eigentlich schon da. Man muss ihn nur noch gescheit in Wert setzen.

Ich bin überzeugt, dass es der richtige Zeitpunkt ist, darüber nachzudenken und ein schlaues Konzept zu erarbeiten. Der richtige Zeitpunkt, weil wir wissen, dass im Stadtarchiv ganz vieles toll gemacht wird, aber sich dennoch eine Menge Arbeit anhäufen. Es ist der richtige Zeitpunkt, weil wir mit der Unteren Farb bald Räumlichkeiten zur Verfügung haben, wo die Ustermer Geschichte zu Leben erblühen kann. Und es ist der richtige Zeitpunkt, weil wir in 5 Jahren 1250 Jahre Uster feiern dürfen.

Ich freue mich auf eine breite Unterstützung dieses Anliegens. Das ist der Start für die Zukunft der Ustermer Geschichte.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann verweist auf die schriftliche Stellungnahme (Stadtratsbeschluss 356 vom 25. August 2020: Entgegennahme).

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Geschichte ist wichtig und dies nicht nur für die Schweiz oder den Kanton Zürich, sondern auch für Uster.*

Denn die Geschichte ermöglicht es uns zurückzuschauen und davon zu lernen. Eine vollständige Aufarbeitung der Ustermer Geschichte kann sinnvoll sein, denn nur durch sie können wir nötige Schlüsse ziehen und in Zukunft davon profitieren.

Vielleicht kennen sie das Eisenhower-Prinzip, indem Aufgaben gemäss ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit eingestuft werden. Die Erkenntnisse daraus haben uns bewogen, das Postulat abzulehnen. Auch wenn wir die Aufarbeitung der Ustermer Geschichte als wichtig taxieren, ist sie momentan in unseren Augen nicht dringend und kann getrost auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Uns reichen vorläufig die auf der Internetseite der Stadt Uster erwähnten Inhalte und für eine lückenlose Aufarbeitung fehlt es momentan schlicht an Geld.

Wir sind dankbar, wenn das Stadtarchiv Uster weiter einzelne Teile aufarbeitet, zwar nicht vollständig, aber doch sinnvoll. So haben wir die Zusammenstellung über das Zeughausareal «gestern – heute – morgen» als äusserst interessant und wertvoll empfunden. Hierfür möchten wir den Mitarbeitenden ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Paul Stopper (BPU): *Sicher ist das Postulat sympathisch. Die Geschichte muss ja immer und immer wieder neu geschrieben werden. Ich kann mir gut vorstellen, dass darin dann auch der vierzigjährige K(r)ampf für eine Unterführung Winterthurerstrasse und gegen die «landschaftsschützerische Todsünde», genannt «Uster West» beschrieben wird.*

Man erinnert sich, dass Kantonsrat Stefan Feldmann sich am 29. Januar 2007 bei der Behandlung des Kantonalen Verkehrsrichtplanes im Kantonsrat wie folgt äusserte (Zitat): „(...) Für Uster West heisst es zusätzlich, vertiefte moorhydrologische Abklärungen, damit dem angrenzenden Werriker- und Glattenriet keinen Schaden zugefügt wird. (...) Bezüglich Querung der Bahnlinie kommt für Uster West in unseren Augen einzig und alleine eine Unterführung in Frage. Eine Überführung wäre eine «landschaftsschützerische Todsünde», würde man doch gleichermassen ein Uding von Brücke mehr oder weniger mitten in die flache Landschaft stellen und dadurch der drittgrössten Zürcher Stadt ein ziemlich hässliches Eingangstor bescheren. (...)“.

Und auch, weshalb derselbe Kantonsrat nur fünf Jahre später, nämlich im Oktober 2012, für den 21-Millionen-Kredit für die Überführung gestimmt hatte.

Gemäss O-Ton des Stadtrates fallen für wissenschaftliche Recherchen, Textarbeit, Gestaltung, Produktion und die Veröffentlichung nicht unerheblichen Kosten an. Je nach historischem Konzept, Seitenumfang und der Art der Veröffentlichung muss mit mehreren hunderttausend Franken gerechnet werden.

Schauen wird doch gescheiter, dass die Kläui-Bibliothek/Chronik-Stube und das Stadtarchiv endlich in geeignete Räume umziehen kann. Solche die vorhanden sind und nicht noch teuer hergerichtet werden müssen. Nämlich in den dafür wie geschaffenen, ehemaligen ZKB-Gebäuden an der Freiestrasse und nicht in der dafür völlig ungeeigneten «Unteren Farb» Ich finde, dass es noch zu früh ist, bereits jetzt an die Neuschreibung der Geschichte zu gehen. Da können wir noch warten. Die Geschichte läuft uns nicht davon. So stellt sich die Frage, ob jetzt das das wichtigste Thema von Uster ist. Deshalb kann ich das Postulat nicht unterstützen. Jetzt sicher nicht!

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Wir finden das Anliegen durchaus sympathisch und auch wichtig für Uster und stehen dem Postulatsinhalt wohlwollend gegenüber. Auch das Veröffentlichungsziel zur 1250-Jahre-Feier wäre gerade passend gewesen. Dennoch können wir das Postulat im Moment nicht unterstützen, weil in unseren Augen die Finanzierung in der gegenwärtigen Situation nicht gegeben und opportun ist. Es ist schade, aber Corona spuckt uns auch in die historische Suppe. Vielleicht kann man das Projekt im Verwaltungsalltag ohne Kosten schon etwas aufgleisen und vorbereiten. Es gibt sicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dafür täglich ein paar freie Minuten finden. Kürzlich ist ja auch eine Produktion zum Zeughaus erschienen, die wahrscheinlich nicht in der Freizeit entstanden ist. Falls der Stadtrat einen privaten Sponsor findet, der das Projekt finanziert, haben wir natürlich nichts dagegen.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Matthias Bickel** (FDP): *Ich gelange ins gleiche Fahrwasser wie meine Vorredner. Geschichte ist wichtig – denn man kann von ihr lernen. Gerade in stürmischen Zeiten ist ein guter Überblick viel Wert. Die aktuellen Ereignisse in der Welt zeigen, dass ein Grundverständnis für Geschichte viel Krampf und Leid in der Gegenwart vermeiden würde. Auch die Stadt Uster kann auf eine bewegte Geschichte zurückblicken – Industrialisierung, Ustertag, viel Wachstum. So ist auch die Ustermer Geschichte bereits reichhaltig dokumentiert – wenn teils auch in reichhaltig vielen separaten Dokumenten, wie wir wissen. Darum macht es Sinn, hin und wieder neue Erkenntnisse zu ergänzen, sie zusammenzufassen und auch dem wissenschaftlichen Anspruch der aktuellen Zeit gerecht zu werden. Und ein rundes Jubiläum – wie die anstehende 1250-Jahr-Feier im Jahr 2025 böte sich wirklich gut an, dort einen Meilenstein der Geschichtsaufbereitung zu setzen. Wie der Stadtrat in seiner ersten Stellungnahme ausführt, geht ein neues Gesamtwerk aber schnell einmal in die paar hunderttausend Franken, zumal der Zeitplan auf 2025 erst noch ambitioniert wäre. Was wir alle auch wissen: Die Stadt Uster befindet sich zur Zeit in einer finanziell schwierigen Lage. Und so kommt die FDP/CVP-Fraktion zum Schluss, dass wir die paar hunderttausend Franken im Moment an derer Stelle einsetzen wollen, wo sie dringender benötigt werden. Zudem sind die Zeitverhältnisse knapp bis zum besagten Jubiläum – und wenn wir schon ein paar hunderttausend Franken ausgeben sollen, dann soll man sich auch Zeit nehmen können für diese Arbeit! Unsere Lagebeurteilung hierfür ist also abschliessend, das heisst, dass wir im Moment auch keinen Postulatsbericht benötigen, der über die erste Stellungnahme des Stadtrats hinausgeht. Wenn die Verhältnisse es in ein paar Jahren erlauben, können wir das Thema wieder angehen.*

Balthasar Thalmann (SP): *Wenn das einzige Thema moderner Geschichte in Uster die Barriere sein soll, dann ist das wenig hilfreich. Verschieben kann man immer, aber die von Paul Kläui verfasste Geschichte ist nicht mehr aktuell und teilweise falsch. Das Postulat fordert eine Denkarbeit und nicht bereits das Schreiben einer zweibändigen Buchausgabe. Das Problem ist, dass wir oft viel Geld verlieren, indem wir zu wenig vorausdenken. Ich fordere nur ein Konzept. Und ob wir das dann umsetzen, ist erst der nächste Schritt.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 10:18 Stimmen:

- 1. Das Postulat 587/2020 wird a b g e l e h n t .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

10 Postulat 592/2020 von Patricio Frei (Grüne): Einführung von Rufbussen und Ruftaxis in Uster

Von Patricio Frei (Grüne) ist am 9. Juni 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob der Einsatz von Rufbussen oder Ruftaxis eine Möglichkeit wäre, Einwohnerinnen und Einwohner sowie Angestellte, welche über keine oder nur eine ungenügende Anbindung an den öffentlichen Verkehr verfügen, einen Anschluss an das ÖV-Netz zu ermöglichen.

Begründung

Noch immer gibt es Teile der Stadt Uster, die nicht oder schlecht mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind. So könnten zum Beispiel die Bewohnerinnen und Bewohner von Werrikon, des Altersheim Dietenrain sowie Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Industrieareal Trümpfer von einem Rufbus oder Ruftaxi profitieren (Diese Aufzählung ist nicht abschliessend). Ein Ruftaxi oder ein Rufbus stellen eine optimale, kosteneffiziente Alternative zum Linienbusbetrieb dar. Das ÖV-Netz wird dadurch zeitlich und geografisch sinnvoll ergänzt. Ein Rufbus oder Ruftaxi verkehrt nach einem festen Fahrplan und muss spätestens eine Stunde vor Abfahrt reserviert werden.

Dübendorf bietet ein Ruftaxi für zwei Ortsteile zum Ortstarif (ZVV- oder SBB- Billett) seit Jahren an. Ein Taxiunternehmen stellt mit seiner Fahrzeugflotte bei Bedarf den Transport sicher. Gemäss Vertrag mit dem Taxiunternehmen wird die Gemeindekasse nur dann belastet, wenn das Ruftaxi tatsächlich angefordert wird. So verursacht das Ruftaxi in Dübendorf jährlich Kosten von rund einem Fünftel einer regulären Buslinie.

Auch in Maur wurde das Angebot ausgebaut und das Ruftaxi fährt neu im Halbstunden-Takt. In Hinwil werden Aussenwachen mit dem Buxi (Rufbus) erschlossen. In Zürich Altstetten und Albisrieden kann ab diesem Sommer mit FlexNet ein Rufbus per App angefordert werden.

Die Postauto AG bietet seit 1995 ein Publicar-Angebot an, welches spezifisch auf die Grundversorgung von Aussenwachen und Streusiedelungen ausgelegt ist.

Dies zeigt: Es bestehen zahlreiche gut funktionierende Rufbus- und Ruftaxi-Konzepte, die in ihren Grundzügen übernommen werden könnten. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten, wie das Flex-Netz der Stadt Zürich zeigt. Diese Art Rufbus fährt digital gesteuerte, dem Kundenbedürfnis optimal angepasste Routen.

Patricio Frei (Grüne) begründet das Postulat: *In der Strategie 2030 bekennt sich der Stadtrat zu einer nachhaltigen Entwicklung Usters. Unter Punkt 2 steht: «Uster steigt um und entwickelt sich zur velo- und ÖV-freundlichen Stadt.» Dazu will dieses Postulat einen Beitrag leisten.*

Denn noch immer gibt es Teile der Stadt Uster, die nicht oder schlecht mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind. Beispielsweise sind es von Werrikon aus mehr als ein Kilometer bis zur nächsten Bushaltestelle. Die Stadt subventioniert zwar die Taxifahrten der Bewohnerinnen und Bewohner. Doch die 800 Franken reichen bei weitem nicht.

Auch im Industrieareal Trümpfer und beim Altersheim Dietenrain sieht es nicht viel besser aus. Die Liste ist nicht abschliessend. So fährt etwa sonntags kein Bus nach Freudwil. Der Stadtrat soll deshalb prüfen, wie er die Anbindung an das Öffentliche Verkehrsnetz weiter optimieren kann. Sei es durch Rufbusse oder Ruftaxis, die nach einem festen Fahrplan fahren, aber nur dann, wenn zuvor Bedarf angemeldet wurde.

Ein Beispiel liefert die Stadt Dübendorf. Diese macht seit über sechs Jahren gute Erfahrungen mit einem Ruftaxi für Gockhausen. Ein zusätzlicher Ortsbus hätte gemäss Marco Strebel, Leiter der Abteilung Sicherheit, eine Viertelmillion Franken gekostet, das Ruftaxi hingegen schlage jährlich mit rund 15'000 Franken zu Buche.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, verweist auf die schriftliche Stellungnahme (Stadtratsbeschluss 330 vom 18. August 2020: Entgegennahme).

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): *Damit das Ziel aus dem STEK «Uster steigt um» erreicht werden kann, braucht es für die weniger Veloaffine Bevölkerung eine Alternative – ein gutes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln. Dazu sind die bestehenden Buslinien zu überprüfen und für die örtliche Verdichtung neue, zusätzliche Buslinien einzuführen. Zudem ist der Takt zu verdichten.*

Es gibt aber vermutlich auch Gebiete in Uster, wie beispielweise die Aussenwacht Werrikon oder das Trümplerareal, für die ein regelmässig fahrender Bus zu wenig ausgelastet ist und oftmals als Leerfahrt verkehren würde. Dies ist weder ökologisch noch wirtschaftlich. Für die Erschliessung solcher Gebiete wäre deshalb die Einführung eines Rufbuses ein gangbarer Weg. Mit diesem Vorstoss rennt der Postulant bei mir offene Türen ein, habe ich doch in den letzten Jahren im Rahmen des Fahrplanverfahrens der VZO wiederholt bessere Buserschliessungen z. B. für das Gebiet Dietenrain gefordert – explizit auch als Kleinbus oder Rufbus.

Unsere Fraktion möchte «Uster steigt um» forcieren und unterstützt deshalb das eingereichte Postulat. Ich möchte aber dem Stadtrat folgende Punkte mit auf den Weg geben:

- *Mit der Einführung von Rufbussen sollen nicht die Leistungen auf bestehenden Linien abgebaut werden (z. B. Ausdünnen in Randstunden).*
- *Bei der Ausgestaltung einer Lösung, darf nicht eine Lösung ausschliesslich per App im Vordergrund stehen, denn auch Personen ohne Smartphone (z. B. Kinder oder Senioren) sollen diese Angebote nutzen können und den Bus mit einem einfachen Telefonanruf bestellen können.*
- *Die Bezahlung der Fahrt mit Bargeld muss möglich sein, nicht jeder besitzt ein Streckenabonnement oder eine «Ticket-App».*

Wir freuen uns darauf, dass Uster bald flächendeckend mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen sein wird.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Ulrich Schmid** (CVP): *Es ist kein Zufall, dass ich hier vor Ihnen stehe, denn ich bin ein Näniker. Das vorliegende Postulat von Patricio Frei ist vom Stadtrat entgegengenommen und es sind die diversen Fragestellungen für eine allfällige Einführung von Rufbussen und Ruftaxis zu klären. Weshalb?*

- *Diverse Ortsteile von Uster sind nicht oder nur sehr schlecht an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden, beispielsweise Werrikon, Teile von Nänikon, das Altersheim Dietenrain usw.*
- *Anderere Orte wie zum Beispiel Dübendorf und Maur haben mit dieser Verkehrsnetz-Alternative ihren Bewohnerinnen und Bewohnern einen echten Mehrwert geschaffen.*
- *Mit dieser Alternative könnten in Uster sehr wenig genutzte Buslinien ersetzt werden.*
- *Für das örtliche Gewerbe wird ein Nutzen generiert.*
- *Der Verkehrs-Knotenpunkt rund um den Bahnhof wird entlastet.*
- *Und schlussendlich unterstützen die Rufbusse und die Ruftaxis das im STEK formulierte Mobilitätsziel «Uster steigt um».*

Neben den diversen Fragestellungen sind durch den Stadtrat die Kostenfolge, die Einführungsart eventuell mittels eines Pilotprojekts und der Einführungszeitpunkt zu klären.

Wir von der FDP/CVP-Fraktion befürworten mehrheitlich dieses Postulat und bedanken uns für die Entgegennahme durch den Stadtrat.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Wir sind etwas zwiegespalten bei diesem Vorstoss. Einerseits kennen wir solche Kursbus-Ergänzungen aus eigener Erfahrung und finden es eine gute Sache. Andererseits finden wir auch, dass dieses Thema ins Kapitel ÖV im STEK gehört und nicht noch separat mit Terminvorgaben auf der politischen Ebene bearbeitet werden muss.*

Zudem ist das Postulat doch absolut offen formuliert, sodass wir uns kein schlüssiges Bild über das Ziel und das Resultat machen können. Wie sieht es zum Beispiel mit den Anspruchsberechtigten aus? Um welche Uhrzeiten geht es? Wir haben das Gefühl, dass das Postulat eher ein Schuss ins Blaue ist, der daher einen zu grossen Aufwand für die Bearbeitung erfordert. Wir werden das Postulat daher voraussichtlich ablehnen, fänden es aber eine gute Sache, wenn die Idee des Postulats ins STEK zu den neuen Buslinien einfließen würde und dort mit dosiertem Aufwand geprüft würde.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 26:7 Stimmen:

- 1. Das Postulat 592/2020 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

11 Kenntnisnahmen

Der Parlamentsdienst hat im Auftrag der Ratspräsidentin am 5. November 2020 den Gemeinderat, den Stadtrat und die Sekundarschulpflege über das weitere Vorgehen nach den jüngsten Beschlüssen des Bundesrates zur Covid-19-Pandemie wie folgt informiert (vergleiche Seite 719 und 914): Der Bundesrat lässt Gemeindeversammlungen und Parlamentssitzungen weiterhin zu, sofern ein Schutzkonzept besteht. Dieses muss für den Gemeinderat von Uster auf Grund unserer bisherigen Praxis nur wenig modifiziert werden, und zwar wie folgt:

1. Rats-, Kommissions- und Fraktionssitzungen finden physisch in den Räumlichkeiten der Stadtverwaltung sowie im Stadthofsaal weiterhin statt.
2. An allen Sitzungen während der ganzen Zeit besteht Maskenpflicht. Einzig am Rednerpult in Ratssitzungen (und nur dort) darf die Maske während des Referats abgenommen werden.
3. An den Ratssitzungen im Stadthofsaal ist auch auf dem Weg zum und vom Rednerpult die Maske zu verwenden.
4. Im Stadthofsaal werden das Mikrophon und die Pultoberfläche wie bisher vom Weibeldienst nach jedem Referat gereinigt.
5. Jede Person ist für das Besorgen einer Maske selber verantwortlich.
6. Die Abstände im Stadthofsaal lassen auch weiterhin zu, dass eine beschränkte Anzahl Personen als Gäste (insbesondere aus der Verwaltung) an den Ratssitzungen teilnehmen können, und zwar wie bisher gegen Voranmeldung, was auch das Erfassen der Personalien sicherstellen wird. Deren Sitzplätze werden besonders bezeichnet.
7. In allen Sitzungsräumen der Stadt sind die Tische vor Gebrauch zu reinigen.
8. Der aktuelle Antrag des Regierungsrats (Kantonsratsbeschluss vorbehalten), wonach ein Gemeindevorstand direkt eine Vorlage der Urnenabstimmung vorlegen kann, betrifft nur Versammlungsgemeinden.

Dieses Vorgehen wurde mit dem Abteilungsleiter Sicherheit, dem Stadtschreiber und dem Stadtschreiber-Stellvertreter koordiniert. Die Teilnahme einzelner Parlamentsmitglieder über elektronische Zugänge an Parlaments- und Kommissionssitzungen geht aus rechtlichen Gründen nicht. Die Fraktionen sind aber frei, für ihre Sitzungen andere Wege zu wählen, dann wäre eine bereits bestehende Reservation von Gemeinderatssaal oder Stadthofsaal beim Parlamentsdienst sofort zu stornieren.

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 31. August 2020 sind beim Bezirksrat Uster bis 16. Oktober 2020 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Referendumsfristablauf: Die Frist für das fakultative Referendum über die Weisung 35/2019 des Stadtrates und die Weisung 50/2020 der Sekundarschulpflege (Gemeinderatsbeschlüsse vom 31. August 2020) ist am 9. November 2020 unbenutzt abgelaufen.

GRB 31.8.2020 i/S. Weisung 60/2020 des Stadtrates: Festsetzung der Verkehrsbaulinien Breitackerstrasse, Abschnitt Karlstrasse bis Schachenweg:

Gegen diesen Gemeinderatsbeschluss ist am 3. November 2020 ein Volksreferendum eingereicht worden. Der Stadtrat hat, sofern dieses zustande gekommen sein wird, die Volksabstimmung anzuordnen (vergleiche Seite 849).

GRB 21.9.2020 i/S. Einzelinitiative 536/2019 von Moira Spohn: Klimanotstand, Änderung der Gemeindeordnung:

Markus Ehrensperger (SVP) hat am 24. September 2020 gegen diesen Gemeinderatsbeschluss beim Bezirksrat Uster einen Stimmrechtsrekurs eingereicht. Der Gemeinderat wurde mit Präsidialverfügung des Bezirksamtes vom 2. Oktober 2020 (eingelangt am 5. Oktober 2020) zum Einreichen der Rekursantwort (im Doppel) und der vollständigen Akten mit Verzeichnis innert einer Frist von 5 Tagen aufgefordert. Die Geschäftsleitung des Gemeinderats hat mit Zirkularbeschluss vom 7. Oktober 2020 die Rekursantwort dem Bezirksrat eingereicht.

Der Bezirksrat hat mit Präsidialverfügung vom 9. Oktober 2020 den Rekurrenten zur Stellungnahme zur Rekursantwort der Geschäftsleitung innert 10 Tagen eingeladen. Bei Säumnis werde Verzicht auf Stellungnahme angenommen, und der Bezirksrat werde, vorbehältlich anderer Anordnungen, zur Beurteilung des Falles übergehen. Der Rekurrent hat am 13. Oktober 2020 eine Replik dem Bezirksrat eingereicht.

Der Bezirksrat hat mit Präsidialverfügung vom 16. Oktober 2020 (eingelangt am 19. Oktober 2020) den Gemeinderat zur freien Stellungnahme im Sinne einer Duplik innerhalb von 10 Tagen eingeladen. Die Geschäftsleitung hat ihre Duplik am 27. Oktober 2020 eingereicht (Zirkularbeschluss vom 26. Oktober 2020).

Der Bezirksrat hat mit Präsidialverfügung vom 29. Oktober 2020 den Schriftenwechsel abgeschlossen und wird, vorbehältlich anderer Anordnungen, zur Beurteilung des Falles übergehen (vergleiche Seiten 875-885).

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 599/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 30. September 2020: Unterbrechung der sicheren Veloroute Bahnhof–Niederuster und der Buslinie 813 während der regelmässigen Wochen-, Samstags- und sonstigen Märkte und Veranstaltungen in der Poststrasse
- 600/2020 von Walter Meier (EVP) und Matthias Bickel (FDP) vom 5. Oktober 2020: Tempo 30 oder 50 auf der Haldenstrasse
- 601/2020 von Christoph Keller (SVP) vom 16. Oktober 2020: „Altherr-Turm – oder teure Kunst am Boden?“
- 602/2020 von Hans Keel (SVP) und Barbara Keel (SVP) vom 17. Oktober 2020: Erstellung und Bewirtschaftung Feuerring in der Erholungszone Harnischbaum/Ägerten
- 603/2020 von Mary Rauber (EVP), Ivo Koller (Grünliberale) und Monika Fitze (SP) vom 21. Oktober 2020: Inklusionsstrategie der Stadt Uster
- 604/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 9. November 2020: CO2-Ausstoss der kommunalen Fahrzeuge der Stadt Uster

Folgende Anfrage ist beantwortet worden:

- Anfrage 598/2020 von Andrea Grob (FDP), Eveline Fuchs (Grüne), Anita Borer (SVP) und Silvio Foiera (EDU) vom 15. Juli 2020: Lokale Möglichkeiten für die Kinderverpflegung der schulgängenden Tagesstrukturen der Primarschule Uster (Stadtratsbeschluss vom 29. September 2020)

Vorstösse, Fristverlängerungen

- Anfrage 595/2020: Die Geschäftsleitung hat mit Zirkularbeschluss vom 7. Oktober 2020 die Frist für die Antwort des Stadtrates bis 3. November 2020 verlängert (vergleiche Seite 821).
- Anfrage 595/2020: Die Geschäftsleitung hat mit Zirkularbeschluss vom 26. Oktober 2020 die Frist für die Antwort des Stadtrates auf erneutes Gesuch bis 26. Januar 2021 verlängert (vergleiche Seite 952).

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 30. September 2020: Primarschule Uster, Steuergruppe Tagesschule, Newsletter 4 „Projekt Tagesschulen“, September 2020
- 29. Oktober 2020: Kennzahlenvergleich Sozialhilfe Schweizer Städte 2019 (Beschluss 752 der Sozialbehörde vom 27. Oktober 2020) mit Beilage „Städteinitiative Sozialpolitik – Initiative des villes pour la politique sociale, Berner Fachhochschule Soziale Arbeit: Sozialhilfe in Schweizer Städten. Die Kennzahlen 2019 im Vergleich“
- 5. November 2020 mit besonderer Zuschrift von Heime Uster: Intermezzo. Die Seiten der Heime Uster (November 2020)

Die Mitglieder der KPB haben am 5. Oktober 2020 erhalten:

- Einladung zur Sitzung der Stadtbildkommission vom 8. Oktober 2020

Die Mitglieder der KPB haben am 2. November 2020 erhalten:

- Einladung zur Sitzung der Stadtbildkommission vom 5. November 2020

Der Ustertag, heuer am 22. November 2020, wurde definitiv abgesagt. Das Ustertag-Komitee bedauert diesen notwendigen Schritt ausserordentlich, aber angesichts der aktuellen Situation erwies er sich als unumgänglich.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 30. November 2020 (Doppelsitzung) statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

13.11.2020

Die Präsidentin
Karin Niedermann

16.11.2020

Die Stimmenzähler
Eveline Fuchs

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann